

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21. — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.30 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Restame-Kolonelleile 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Das neue Baltikum-Abenteuer.

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Unser Berliner Korrespondent über das Baltikum-Abenteuer erzählt, handelt es sich dabei um eine weit größere Ausdehnung des Unternehmens, als die Regierungskreise bisher haben bekannt werden lassen. Der heutige Redner der sozialdemokratischen Fraktion zum Reichstag wird wahrscheinlich auf diese Dinge ausführlich mit großem aus Ostpreußen stammenden Material eingehen. Während die preussische Regierung nur etwa 1000 Ueberläufer nach Litauen zugesehen will, sprechen Meldungen aus Ostpreußen von 30 bis 40 000 solcher Ueberläufer. Der Königsberger Polizeidirektor K. H. Brück besichtigt unsern Korrespondenten persönlich, daß mindestens 10 000 Mann bisher die ostpreussische Grenze überschritten haben, und zwar handelt es sich dabei nicht nur um Ueberläufer der Provinz Ostpreußen, sondern es sind Leute, die aus allen Teilen des Reiches zusammenströmen. Auch der militärische Charakter der Organisation kann nicht gelugnet werden, da sich seit langer Zeit ehemalige deutsche Offiziere in der litauischen Armee als Instruktoren befinden und nunmehr offenbar ihre Verbindungen nach der Heimat aufnehmen, um in Litauen selbst eine konterrevolutionäre Armee aufzustellen. Auch in Ostpreußen selbst sieht man nicht nur eine außenpolitische Gefahr des neuen Ueberläufers, sondern man befürchtet, daß konterrevolutionäre Elemente die Gelegenheit wahrnehmen, an der Grenze Ostpreußens eine konterrevolutionäre Armee aufzustellen, mit der sie sodann bei geeigneter Zeit in Ostpreußen einfallen können. — Am prägnantesten ist das Verhalten der roten Fahne in dieser Angelegenheit. Sie hat zwei Tage lang zu den bekannten Tatsachen geschwiegen, vielleicht weil sie nicht wußte, ob eine Unterstützung Litauens nicht indirekt eine Unterstützung Sowjetrusslands sei, und ob sie deshalb nicht hätte verlangen müssen, daß die deutsche Regierung den konterrevolutionären Offizieren und Soldaten noch extra Waffen in die Hände gibt zum Kampf gegen Polen. Jetzt hat sie offenbar den konterrevolutionären Charakter des Unternehmens erkannt und zählt nun der Reihe nach alle in der Freiheit und der Leipziger Volkszeitung aufgedeckten Tatsachen über das neue Baltikum-Abenteuer auf, um am Schluß zu behaupten, die Freiheit suche den eigentlichen Charakter dieser Baltikumaffäre damit zu verunsichern, daß sie an die Regierung bezog, den Reichstag, das heißt an die Hellscherher des litauischen Soldnerheeres, appelliert. Das Rezept allerdings, wie dieses neue Baltikum-Abenteuer zu verhindern sei, gibt die rote Fahne auch nicht an.

### Letland im Bunde mit Wrangel gegen Sowjet-Rußland?

Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die rote Fahne veröffentlicht einen Funkpruch aus Moskau, der angeblich an die Freiheit, die rote Fahne und an alle gerichtet ist: Aus dem letzten Redaktions Skandal, der die ganze öffentliche Meinung Lettlands gegenwärtig beschäftigt, geht hervor, daß die ausländische Diplomatie immer weiter daran arbeitet, sich heimlich mit Agenten der russischen Konterrevolution zu verbinden. Diese Leute bemühen sich, Soldaten für die Wrangel'sche Armee überall zu rekrutieren. Aus Litauen wird berichtet, daß am 26. September bei einem nicht unbekanntem Agenten Wermund vom Grenzpaß Briefe vorgefunden wurden, die die Adresse der polnischen Kommission Wrangels in Warschau Sawinkos trugen. Ein Schreiben ist von einem gewissen Berental unterzeichnet, womit Berental bezeugt, daß er geheimer Agent Sawinkos' bei der lettischen Regierung sei. U. a. erzählte Berental, daß in Lettland Soldaten für die Wrangel'sche Armee geworben und auf Dampfschiffen von Lettland nach Memel transportiert werden unter dem Schein von polnischen Zivilflüchtlingsen. Weiter erzählt Berental in seinem Schreiben, daß der Vertreter Sawinkos mit Vertretern der lettischen Regierung und des Oberkommandos der lettischen Armee eine geheime Sitzung in Riga hatte, an der der lettische Ministerpräsident Umanis, der lettische Minister des Auswärtigen, Mejerowicz, und der Vertreter des Staatskommandos General Radstin teilnahmen. Sawinkos schloß eine Vereinbarung mit der lettischen Regierung, um gemeinsam mit Wrangel den Kampf gegen Sowjet-Rußland zu führen. Für diese Dienstleistung versprach Wrangel die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens und Lettlands, Estland, Litauen und die Ukraine erhalten dagegen nur Selbstverwaltung. Es ist auch bekannt, daß Original-Dokumente, die Papiere abgenommen wurden und an das Staatskommando, den General Radstin, überhandt worden waren, von den höheren Militärkommandos und den Agenten Sawinkos vernichtet worden sind, um die Spuren der ganzen Sache zu vertuschen. In der Nacht vom 16. Oktober überschritt ein gewisser Jaskowski, der vom lettischen Ministerium des Auswärtigen abkommandiert worden ist, die deutsche Grenze. Jaskowski, ein früherer Spion der zaristischen Regierung, hatte verpackte Pakete, die das Besitztum der lettischen Regierung

trugen, bei sich. Diese Pakete waren an Sawinkos adressiert. Jaskowski führte gleichzeitig ein Schreiben der lettischen Regierung an Sawinkos bei sich, das vom Ministerium des Auswärtigen und vom Grenzwachtkommando unterschrieben war, um der Grenzkontrolle der Pakete vorzubeugen.

Diese Ergebnisse führten zu folgenden Anfragen in der lettischen Nationalversammlung:

Sind jedem einzelnen der Regierungsmitglieder die oben angeführten Tatsachen bekannt und nimmt das gesamte Ministerkabinett die Verantwortung für eine solche Politik auf sich. Wie bestehen auf Veröffentlichung der geheimen Korrespondenz, die dem Grafen Pahlen abgenommen worden ist. Wir verlangen gleichfalls genaue und eingehende Antwort an die Nationalversammlung. (Unterschrieben von 4 Abgeordneten.) Angesichts dieser Vorgänge erschien in der Rigaer Presse eine Reihe von Artikeln. Dieser unerhörte Skandal wird eine Kabinettskrise hervorbringen. In einem dem Skandal gewidmeten Artikel in der Jowestija meint Stoklow, daß solche Ereignisse erst recht die innere Fäulnis und Verwesung der ausländischen Politik der Bourgeoisie bezeugen. Eine derart hinterlistige Handlungsweise, die das friedliche Nebeneinanderleben Lettlands mit der Sowjet-Regierung zu hindern suche, könne nur den lettischen Ministern Lettlands schaden.

### Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 28. Oktober. (T.L.) Die Verhandlungen zwischen dem Exekutivkomitee der Bergarbeiter und der Regierung haben zu einem vollen Erfolg geführt. Der Streit ist beendet. Die Bergleute haben sich bereit erklärt, die Arbeit am 1. November wieder aufzunehmen. Die Regierung gewährt eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Schilling. Das Exekutivkomitee der Bergleute erklärte, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung übernehmen zu wollen.

### Ein Entgegenkommen Englands.

Berlin, 26. Oktober. Mit Bezug auf § 18 der Anlage 2 zu Art. 244, Teil 8 des Friedensvertrags, der lautet:

„Die Maßnahmen, zu deren die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorzüglich seinen Bevölkerungen nicht nachkommt, berechtigt sind, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als selbsttätige Handlungen zu betrachten, können in wirtschaftlichen und finanziellen Sperren und Beschränkungsmaßnahmen, überhaupt in solchen Maßnahmen bestehen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachtet.“ hat die großbritannische Regierung durch die heilige Botschaft dem Auswärtigen Amt am 18. Oktober eine Note zugehen lassen, nach der sie für den Fall einer vollständigen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen unter Teil 4 des Friedensvertrags nicht beabsichtigt, von dem ihr nach § 18 der Anlage 2 zu diesem Teil des Vertrags zustehenden Rechte zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen.

Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum bezieht, ob dieses nun in Bankguthaben oder in auf britischen Schiffen befindlichen Waren, oder in nach Großbritannien zum Verkauf geschickten Waren besteht.

Diese Erklärung der englischen Regierung ist deshalb von großer Bedeutung, weil durch die Aufhebung der erwähnten Klausel im Friedensvertrag das deutsche Privateigentum in England vor der Beschlagnahme gesichert und dadurch erst eine Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen ermöglicht wird.

### Keine Zerstörung der Dieselmotoren.

London, 27. Oktober. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Aus verschiedenen Artikeln der deutschen Presse geht hervor, daß in Bezug auf die Zerstörung von Dieselmotoren beträchtliche Mißverständnisse herrschen. Es besteht keine wie immer geartete Absicht, sich mit andern Dieselmotoren zu befassen oder solche zu beschädigen, als mit Unterseeboot-Dieselmotoren; auch besteht keinerlei Absicht, die Dieselmotoren Deutschlands zu vernichten. Die Angelegenheit ist übrigens den Verbündeten Regierungen überwiesen. Solange die Entscheidung der Verbündeten Regierungen schwebt, ist die Zerstörung aller Unterseeboot-Dieselmotoren eingestellt und aufgeschoben worden.

### Die Frage der englisch-russischen Handelsbeziehungen.

London, 27. Oktober. (Neuter.) In Erwiderung einer Anfrage über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland erklärte Bonar Law im Unterhaus wiederum, daß die Freilassung aller britischen Staatsangehörigen in Rußland, die heimzukehren wünschten, Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Handelsbeziehungen sei. Bonar Law fügte hinzu, sagte hinzu, die Regierung habe stets die Wiederaufnahme des Handels für äußerst wünschenswert erachtet und stehe jetzt mehr denn je auf diesem Standpunkt, man müsse den Umfang der Arbeitslosigkeit und die Tatsache berücksichtigen, daß der Handel mit Rußland von den andern Ländern wieder aufgenommen worden ist. England müsse sein Bestes tun, um seinen Anteil daran zu erhalten.

### Trübe Bilder.

Berlin, 27. Oktober.

Der heutige Tag dürfte auch die Kreise enttäuscht haben, die in der Presse seit einigen Tagen angekündigt haben, die Haushaltplanberatung werde durch eine große politische Rede des Reichskanzlers eingeleitet werden, in der die innere Politik ausführlich und markant behandelt und besonders die Autonomie Oberschlesiens klar dargelegt werde. Was Herr Fehrenbach in seiner sehr sühnerlich ausgearbeiteten Rede bot, war eine sentimentale Klage über die politische und wirtschaftliche Ohnmacht Deutschlands. Der äußere Rahmen zu einem sogenannten großen Tag war freilich gegeben: Das Haus war gut besetzt, es spendete dem Kanzler bei verschiedenen Stellen auch Beifall, aber in sehr gedämpftem Tone; die Tribünen, auch die Diplomatenloge, waren voll Besucher und im Hause selbst war vor und während der Tagung sehr geschäftiges Leben. Wenn die Sitzung nun trotzdem sehr schal und langweilig war, so lag dies an den beiden Rednern, die keinen höheren Schwung zu nehmen verstanden, sondern mit ihren Reden nur die Resignation des Bürgertums widerspiegeln. Dieser sentimentale Ton liegt dem Reichskanzler Fehrenbach sowie besonders.

Seit der preussisch-deutsche Militarismus bis auf einen Rest zusammengekrumpft ist, fühlt sich das deutsche Bürgertum völlig ohnmächtig. Die Auffassung, daß ein Volk nur durch starken Militarismus und Maximalismus mächtig sei, ist dem deutschen Bürgertum seit der Regierung Bismarck so in Fleisch und Blut übergegangen, daß es sich gar keinen andern Zustand denken kann, besonders keinen, wo ein Volk durch wirtschaftliche Macht stark und ein politischer Machtfaktor unter den übrigen Völkern sein kann. Deshalb auch die ununterbrochenen Verjünger, den deutschen Militarismus in irgendeiner Form wieder aufzubauen. Dieser Geist des deutschen Bürgertums kam in mehreren Sätzen der Fehrenbach'schen Rede scharf zum Ausdruck. „Wir sind aus der Reihe der mächtigen Völker gestrichen. Wenn das deutsche Volk beweisen will gegen die ihm auferlegten Kosten aufwärts, so sollte man ihm das zugutehalten. Wir sind militärisch gebrochen, politisch kluggelegt und wirtschaftlich ringen wir um unsere Existenz.“ Das sind die Sätze, mit denen Herr Fehrenbach seine Rede begann. Der militärisch-imperialistische Nachtraum Deutschlands ist zu Ende und alle Verjünger, ihn aufs neue wieder Wirklichkeit werden zu lassen, sind nicht nur vergeblich, sie würden Deutschland auch restlos vernichten. Diese Mahnung richtete Fehrenbach besonders an die Rechte des Hauses und sagte nachdrücklich hinzu: „Obwohl kleinste Fehler kann uns schwer schädigen.“ Besonders tiefen Eindruck hat er mit dieser Mahnung bei der Rechten des Hauses nicht gemacht, das wird sich zeigen, sobald ihre Redner an die Reihe kommen; denn eine andre als eine militärische Machtpolitik können sich die agrarischen und großkapitalistischen Kreise nun einmal nicht denken.

Das hohe Red, das Herr Fehrenbach sich und seiner Regierung wegen der neutralen Haltung jagt, die sie während des russisch-polnischen Krieges eingenommen hat, ist unverdient. Wenn er auch hervorgehoben hat, die Regierung habe sich nicht verhalten lassen, in den russisch-polnischen Krieg einzugreifen, und es seien Anstrengungen gemacht worden, deutsche Arbeiter vor den russischen Kriegswagen zu spannen, so steht doch fest, daß die neutrale Haltung der Regierung im wesentlichen die Folge der Haltung der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands geschuldet ist, die es durch scharfe Kontrolle verstanden hat, der Regierung ihre neutrale Haltung vorzuschreiben.

Wie stark die Kräfte aus dem bürgerlichen Lager sind, die Deutschland in einen neuen Krieg treiben wollen, hat Fehrenbach an mehreren Stellen seiner Rede selber zugeben müssen. So, wenn er davon sprach, „daß wir Polen in Oberschlesien mit Gewalt begegnen sollen“, oder „daß man in der äußeren Politik mit großen Worten auftrumpft, ohne aber zu sagen, wie man sie anders, als durch Gewalt in die Tat umsetzen könnte.“

Auch wegen der inneren Politik wandte er sich sehr deutlich gegen die Rechte und hat damit auch seinen Regierungsgesetzten von der Deutschen Volkspartei ordentlich auf die Hüften gezogen. Es gibt keine Regierung, so meinte Herr Fehrenbach, die dem Volke aufrichtig ein besseres Dasein versprechen könne. Nur Charlatane könnten dem Volke erzählen, sie könnten ihm schnell ein gutes Dasein verschaffen. Ob die Regierungsvertreter der Deutschen Volkspartei diesen Teil der Rede auch mit beschloffen haben und ihn billigen? Es war doch die Deutsche Volkspartei, die gerade mit diesen Versprechungen die „geistigen“ Kosten des Reichstagswahlkampfes bestritten hat!

Herr Fehrenbach hat aber nicht nur Mahnungen, er hat auch ein positives Programm für seine innere Politik, freilich handelt es sich dabei auch um den Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, und für die Kommunisten hatte er sogar eine besondere Warnung. Für den Fall, daß sie den blutigen Bürgerkrieg probieren, stellten sie sich außerhalb aller Gesetze und es würde ihnen dann auch mit Gewalt begegnet werden.

Die Sozialisierung der Bergwerke sei Gegenstand der Be-



ratung im Kassenrat und im Reichswirtschaftsrat gewesen. Eine Vorlage darüber werde dem Reichstag zugehen.

Das ist also das Programm der Reichsregierung über die innere Politik. Man versteht es, wenn ein blutgerichtetes Blatt über die Rede bemerkt: „Der Rede fehlt aber inhaltlich und rhetorisch der große Zug, den man wohl in solchem Augenblick von einer programmatischen Reichsanzweihrede erwarten dürfte.“

Als der Finanzminister mit seiner Darlegung über den Haushaltplan und die Finanzlage Deutschlands begann, da löste sich der Saal und die Rede wurde unter größter Gleichgültigkeit der Reichsboten gehalten. Das Haus bekam wieder das Aussehen wie an den langweiligsten Sitzungstagen. Es ist richtig, daß die Finanzen das wichtigste des Reiches sind und die gespannteste Aufmerksamkeit der Volkvertreter erfordern sollten, aber das Gefühl bei ihnen ist so allgemein und hart: Der Fall der Finanzen Deutschlands ist hoffnungslos!

288 Milliarden betragen die Schulden jetzt, und bis Ende des Jahres steigen sie noch um etwa 40 Milliarden. Was will demgegenüber die so eindrucklich gepredigte Spartheorie des Reichsfinanzministers und des Reichskanzlers besagen? Der freche Seltsame richtete den Zwischenruf, die Schuldenlast Deutschlands sei eine Folge der Revolution. Der Finanzminister fertigte ihn aber auf der Stelle kräftig ab.

Sonst bot die Rede des Reichsfinanzministers nichts neues. Es war die Wiederholung seiner früheren Reden und man muß zugeben, er konnte auch nichts neues sagen. Was über die Wirtschaftslage Deutschlands zu sagen ist, so meinte Dr. Wirth, werde der Reichswirtschaftsminister sagen.

Es wurden nur die beiden Reden angehört, dann vertagte sich das Haus.

Morgen wird es sich nun zeigen, ob die Parteiführer es verstehen, die Debatte über die Lage Deutschlands und die Politik auf jene Höhe zu heben, von der aus sie zu behandeln sind, daß von ihr geiagt werden kann, es ist jene große politische Auseinandersetzung, wie sie dem Gegenstande und der Zeit entspricht.

## Die Neu-Kommunisten in der Falle.

Die rote Fahne veröffentlicht einen umfangreichen, drei Spalten füllenden Aufruf: „An die revolutionären Arbeiter Deutschlands“, der in der Aufforderung gipfelt: „Selbst die einzige Partei der deutschen Kommunisten schaffen.“ In dem Aufruf, der in dem bekannten russischen Stile gehalten ist, wird erklärt, es sei ein „Wert zur Rettung der deutschen Revolution“, zu dem aufgerufen werde. Den deutschen Arbeitern und Proletariaten wird gesagt, sie seien auf verschiedenen Wegen gegangen und nach einem Ziele zugewandert: dem Kommunismus. Jetzt gelte es, den Feinden zu zeigen, „wie in dem Feuer vieler Kämpfe, die die Proletarier unter sich geführt haben, doch der Hammer geschmiedet wurde, der der Bourgeoisie auf das Haupt fällt: eine einheitliche große kommunistische Partei.“

Ganz anders als in anderen Köpfen malt sich eben in dem vom bolschewistischen Lichte erleuchteten kommunistischen Köpfen die Welt. Während in Wirklichkeit die Bourgeoisie unnerhohfen ihre helle Schadenfreude über die von den Moskauer Weltrevolutionären und ihren deutschen Jüngern mit so großen Erfolge vollführte Zerrückung der deutschen Millionenpartei der U. S. P. zum Ausdruck bringt, bilden sich die großen Geister der Neu- und Alt-Kommunisten ein, auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats sei ein mächtiger Schritt vorwärts getan worden, weil es ihnen gelungen ist, einige hunderttausend irreführer Arbeiter vor ihren selbgefahrenen Karren zu spannen. Und diese großen Strategen der bolschewistischen Weltrevolution mahnen sich obendrein an, allein die richtige Erkenntnis aller Dinge zu haben und die berufenen Führer der angeblichen Avantgarde des revolutionären Proletariats der ganzen Welt zu sein. Damit die irreführer Proletariatsmassen an die Unfehlbarkeit der neuen Heilsverkünder und ihrer Dogmen glauben lassen, wird in dem Aufruf wieder in der fasslich bekannten Weise die Verworfenheit der U. S. P. und R. A. P. Führer in den schwärzesten Farben gemalt. Diese alte Melodie, die allmählich den süßen Klang eines alten abgefeierten Phänographen bekommt, wird kaum noch auf bewende deutsche Arbeiter eine große Wirkung ausüben. Das werden auch die großen Propheten in Moskau und die Kleinen in Berlin sehr bald erfahren.

Das Bemerkenswerte an dem Aufruf aber ist die Tatsache, daß er außer von Sinowjew und R. P. D. Zentrale auch von dem Zentralkomitee der Neu-Kommunisten unterzeichnet ist. Damit wird dokumentiert, daß die politische Vereinigung der Neu-Kommunisten mit den Alt-Kommunisten bereits vollzogen ist. Aber auch die organisatorische Vereinigung ist durch die Einsetzung eines gemeinsamen Aktionskomitees bereits in die Wege geleitet worden. Die vollständige Verschmelzung wird sicher in aller Kürze erfolgen. Die Leute um Däumig und Städter spreizen sich aus den bekannten Opportunitätsgründen zwar noch etwas gegen den sofortigen Uebertritt zur R. P. D. Sie möchten wenigstens den Schein wahren, als hätten sie noch eine gewisse Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit behalten. Die Alt-Kommunisten zeigen jedoch für diese Wünsche der Neu-Kommunisten wenig Verständnis. Sie bestehen auf ihrem Schein und fordern ohne weiteres langes Verhandeln den Uebertritt der Gefolgschaft der Däumig und Hoffmann zu dem kommunistischen Vereinigen der Levi und Meyer. Das geht deutlich hervor aus einem Bericht über eine Sitzung des Zentralauschusses der R. P. D. In dieser Sitzung führte Thalheimer nach dem Bericht der roten Fahne folgendes aus:

Ueber die Zusammenarbeit in den Zentralinstanzen war eine Einigung nicht schwer herbeizuführen. Es soll eine gemeinsame paritätisch zusammengesetzte provisorische Zentrale unter dem Vorsitz eines Vertreters der Exekutive der kommunistischen Internationale gebildet werden. Einige Differenzpunkte ergaben sich dagegen bei der Frage der Verschmelzung der Ortsvereine, auf die wir das Hauptgewicht legen müssen. Bei der linken USP, besteht das Bestreben, die beiderseitigen Ortsvereine und Mittelstellen voneinander fernzuhalten bis zu einem Einigungspartei-tag, der dann erst die Verschmelzung beschließen soll. Wir fordern zunächst, daß eine gemeinsame Arbeit in den Mittelstellen sofort beginnt, gemeinsame Versammlungen abgehalten werden, den Mitgliedern beider Parteien Zutritt zu den beiderseitigen Versammlungen gewährt wird. Die Genossen von der USP, haben uns den Vorschlag gemacht, daß überall die Reitere in die größere Gruppe einziehen soll. Demgegenüber schlägt das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale die Verschmelzung beider Parteien zu einer Vereinigten kommunistischen Partei vor.

In der Diskussion wenden sich die Genossen einheitlich gegen den Vorschlag eines Uebertritts der kleineren Organisationen in

die größeren, der einen Uebertritt zur USP, Bedenken würde. Nicht die Kommunisten sind Unabhängige geworden, sondern Massen der Unabhängigen Partei haben sich zum Kommunismus bekennt. Der Vertreter Schlieffen fordert den Eintritt der USP, Genossen in die RPD. Der Vertreter Württemberg betont demgegenüber die Notwendigkeit des Zusammenchlusses der kommunistischen Arbeiter und verlangt die sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Verschmelzung in den Ortsvereinen. Er wendet sich dagegen, daß die Zentrale eigenmächtig den Namen der Partei mit der Fortsetzung der Kammer „Partiaktivus“ und der Hinzufügung der Kammer „Sektion der kommunistischen Internationale“ abgeändert habe. Auch hat er Bedenken gegen einen Satz im Rundschreiben 21 der Zentrale, nach dem politische Direktiven allein von der Zentrale ausgehen werden sollen.

Genosse Wagner fordert der linken USP, gegenüber sofortige Verschmelzung ohne jeden Hinterhalt, ohne jede organisatorische Kleinkleberei. Die organisatorischen Scheidewände müssen eingerissen werden. Organisationsfragen müssen juristisch hinter der politischen Frage, der Lebensfrage der deutschen Revolution der Schaffung einer starken, aktionsfähigen kommunistischen Partei.

Genosse Lange hält die 21 Bedingungen für keine glückliche Grundlage der Spaltung der USP. Große Massen werden für die Bedingungen eintreten, ohne den Willen, sie tatsächlich durchzuführen. Moskau ist eine Mode geworden und viele derer, die diese Mode mitmachen und heute bei der linken USP, hängen, seien keine echten und zuverlässigen Kämpfer.

Genosse Wagner erklärt für die dringende Aufgabe den Kampf, den wir gemeinsam mit der linken gegen die rechte USP, führen müssen. Gegenüber Lange glaubt er, daß die RPD, Elemente enthält, die, wenn auch nicht über ausreichende Klarheit, so doch über einen starken revolutionären Eifer verfügen. Vor der Wanderschaft aber sei das Zerstückern am Kapitalismus die Hauptarbeit. Hierzu ist nicht so sehr prinzipielle Klarheit, als Aktivität erforderlich.

Es bestätigt sich also, was wir vom Anfang an gesagt haben: mit der Annahme der 21 Bedingungen in Halle hat die Partei Däumig und Adolf Hoffmanns auch organisatorisch ihre Selbständigkeit aufgegeben. Bedingungslos haben die Neu-Kommunisten jetzt ihre Organisation aufzulösen und sich den RPD, Gruppen anzuschließen. So ist es in den Moskauer Bedingungen vorgeschrieben, und so hat nach dem Willen des Moskauer Exekutivkomitees die Verschmelzung, die in Wirklichkeit eine glatte Unterwerfung der Neu-Kommunisten bedeutet, zu erfolgen. Es fragt sich nur, ob die Arbeiter, die bis jetzt aus einer Sympathie für die russischen Proletarier den Lockungen der Däumig und Stoeker und Sinowjew gefolgt sind, aber auf eine andre Auslegung der Moskauer Bedingungen hofften, nun auch alle so ohne weiteres diese bedingungslose Unterwerfung mitmachen werden. Das Verhalten der neu-kommunistischen Führer seit der Trennung von der USP, läßt deutlich erkennen, daß ihnen selbst darüber Zweifel aufgestiegen sind. Sie werden bald weiter erkennen müssen, daß viele Arbeiter, die der USP, angehören, die Abstimmung über den Anschluß an Moskau nur als eine Sympathieerklärung für das russische revolutionäre Proletariat betrachtet haben, daß sie aber gar nicht daran denken, die Bankrotspolitik der Kommunisten mitzumachen. Die Proletarier aber, die heute noch hoffnungsvoll der kommunistischen Fahne folgen, werden nach schmerzlichen Erfahrungen erkennen, in welche Falle sie gelockt wurden.

## Das neue Balkanunternehmen.

Die Katastrophe in den Randstaaten, die jeder denkende Politiker voraussehen muß, nimmt ihren Anfang. Die polnische Regierung kann, ihrem Volkscharakter entsprechend, infolge ihres Sieges über die russischen Sowjetarmeen keine Mäßigung finden. Sie bricht alle Waffenstillstands- und Friedensverträge, pflegt auf alle Noten des Völkerverbundes und der Entente, führt die Völkerverbundkommission irre, läßt in Noten an die Entente in der unerbörtesten Weise, verkehrt ihren Friedenswillen und ihre Loyalität und läßt inzwischen Wilna besetzen, schießt ihre Truppen nach Kowno und nach Minsk, verewaltigt die Litauer und die Weißruthenen, schlachtet nebenbei einige hundert Juden und bereitet so einen Kampf vor, der die unterdrückten Völker zu den verzweifeltsten Maßnahmen des Marodeurkrieges anregt.

Diese Situation kommt den deutschen abenteuerlichen Militärs so recht gelegen. In Ostpreußen liegen noch immer gewaltige Waffenlager, die, zu künftigen Gebrauch die von dort zurückgelassenen Marodeure zurückgelassen haben. Nun scheint den ehemaligen Balkanunternehmen die heute auf den ostpreussischen Gütern verstreute, die Hauptstütze der Organisation in Ostpreußen sind, der rechte Zeitpunkt gekommen, um in den verworrenen Verhältnissen an der deutschen Ostgrenze in aller Ruhe eine neue wohlorganisierte Truppe aufzustellen. Die Reichsregierung selber hat bereits zwei Warnungsrufe erlassen müssen, in denen sie zugeben mußte, daß zahlreiche Bewaffnete über die deutsche Ostgrenze nach Litauen wandern. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung sich bemüht hat, die ganze Angelegenheit möglichst harmlos darzustellen, als ein Unternehmen irgendwelcher Abenteurer. Sie wird aber niemandem einreden können, daß plötzlich und ohne Direktiven eine wahre Völkerwanderung aus Ostpreußen und den übrigen Teilen Deutschlands nach Litauen einsetzt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es sich hier nicht um ein zufälliges Abenteuer, sondern um ein durchaus planmäßiges Unternehmen handelt. Die Urheber und Organisatoren dieser neuen reaktionären Machenschaften sind nicht allzu schwer zu finden und es ist bezeichnend für die Leichtfertigkeit, mit der die Regierung solche Fragen behandelt, daß sie bisher noch keinerlei Abwehrmaßnahmen getroffen hat, sondern wieder einmal in völliger Hilflosigkeit den Dingen gegenübersteht, obwohl bereits morgen eine Note der Entente von ihr Rechenschaft über diese Vorgänge fordern kann.

Daß die Dinge in Wirklichkeit viel weniger harmlos sind, als die Regierung es darzustellen versucht, geht aus den Meldungen hervor, die täglich aus Ostpreußen kommen. Nicht einzelne Abenteurer überschreiten die Grenze, sondern wohlgeordnete Truppen, die in Litauen sich sofort unter ihren Führern zu geschlossenen Formationen sammeln. In Paketen, auf Wagen, ja in Eisenbahnwaggons werden Munition, Gewehre und Maschinengewehre über die deutsche Grenze geschafft. Daß es sich nicht um zufällige Grenzüberstreichungen handelt, beweist die Tatsache, daß auf der litauischen Geländschaft in Berlin ein dauerndes Kommen und Gehen von Reichswehrangehörigen und ehemaligen Balkanern zu beobachten ist.

Da die großen Waffenlager in Ostpreußen unter der Aufsicht der Reichswehrbrigade stehen, so können Waffenverschiebungen nur im Einverständnis mit der Reichswehr vorgenommen werden, wo

durch bewiesen ist, daß auch die Reichswehr an diesem Unternehmen beteiligt ist. Das Unternehmen zeigt aber weit größere Formen. Die Reichswehrhandelsfirma hat bereits vor mehreren Wochen der litauischen Regierung durch eine Deckfirma 50 000 Gewehre zum Preise von 325 Mk. pro Stück angeboten. Wenn das Geschäft nicht sofort abgeschlossen wurde, so lag das lediglich an der chronischen Finanzalamität der litauischen Regierung. Das Reichsjahresministerium hat die Litau, diese Tatsache, die in Litauen jedem Leutnant bekannt ist, und jedem litauischen Händler, zu leugnen. Es erhöht nur die Schuld der Reichsregierung. Unstre Genossen werden deshalb die Aufgabe haben, im Reichstag für schließliche Aufklärung dieses neuen Balkanunternehmens zu sorgen und von der Regierung die nötigen Abwehrmaßnahmen zu verlangen.

## Der Reichshaushalt für 1920.

92 1/2 Milliarden Ausgaben — 50 Milliarden Defizit.

Dem Reichstage ist der Reichshaushaltplan für 1920 vorgelegt. Nachdem bereits vor kurzem nähere Angaben über das Reichsdefizit gemacht worden sind, bringt der jetzt vorliegende Etat trotz der ungeheuren Ausgabenposten und des enormen Fehlbetrages keine besonderen Ueberraschungen mehr.

Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahme und Ausgabe ohne die Betriebsverwaltungen mit 39 831 562 733 Mk. ab. Das ist gegen die Summe des Vorjahres einschließlich der Nachträge unter Ausschaltung der Betriebsverwaltungen bei dem Einnahme — auf dem Papier — ein Mehr von 25 512 103 270 Mk. und bei den Ausgaben ein Mehr von 25 859 270 698 Mk. Beim außerordentlichen Haushalt werden 52 579 310 139 Mk. angefordert, denen Einnahmen in Höhe von 2 287 700 024 Mk. gegenüberstehen, so daß durch Anleihe noch aufzubringen sind 50 291 550 115 Mk., wovon indessen schon 17 450 000 000 Mk. durch die Nothaushalte bewilligt sind. Hierbei handelt es sich meist um Ausgaben, die zur Erfüllung des Friedensvertrags, als Nachwirkung des Krieges, oder zur Behebung wirtschaftlicher Notstände erforderlich sind. Die Betriebsverwaltungen — Post, Reichsdruckerei, Eisenbahnen — sind aus dem eigentlichen Haushalt ausgeschlossen worden und werden als in sich abgeschlossene Verwaltungen besonders nachgewiesen. Aus dem Betriebe der Reichsdruckerei wird ein Ueberfluß von 2 934 527 Mk. erwartet. Im Uebrigen werden die Betriebsverwaltungen — wie bekannt — mit erheblichen Fehlbeträgen abschließen.

Die Einnahmen sind gegliedert in fortdauernde Steuern, einmalige Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern und sonstige Abgaben.

Wie wir einer Zusammenfassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung entnehmen, sind die fortdauernden direkten Steuern und Verkehrssteuern im ganzen angelegt mit 23 320 Millionen Mark, gegen 21 803 Millionen Mark im Vorjahr; also mehr 21 197,7 Millionen Mark. An neuen Steuern sind darin enthalten: Die Einkommensteuer mit 12 000 Millionen Mark, die Körperschaftsteuer mit 900 Millionen Mark, die Kapitalertragsteuer mit 1 300 Millionen Mark, das Reichsnotopfer mit 3 500 Millionen Mark (hierzu sollen 750 Millionen Mark zur Uebernahme in Zahlung gegebener Kriegsanleihe dienen, die im Austausch der Reichsschuld in Ausgabe erscheinen), die Grunderwerbsteuer mit 220 Millionen Mark.

Höher sind veranschlagt: Die Erbschaftsteuer mit 620 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 545 Millionen Mark; die Umsatzsteuer mit 3 650 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 2 000 Millionen Mark; die Reichssteuerpfandabgaben mit 400 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 74,8 Millionen Mark; die Abgaben vom Personen- und Güterverkehr mit 630 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 185 Millionen Mark.

Fortgefallen ist die Zuwachssteuer mit 61 Millionen Mark und die mit den Post- und Telegraphenleistungen zu erhebende Reichsabgabe, die für die erste Hälfte des Rechnungsjahres 1919 noch mit 175 Millionen Mark in Umlauf gebracht war.

An einmaligen Steuern sind vorgesehen: die Kriegsabgabe vom Vermögenzuwachs mit 4 500 Millionen Mark. Im ganzen mehr von dieser Abgabe 10 Milliarden Mark erwartet, wovon 3 500 Millionen Mark dem Rechnungsjahr 1919 und 4 500 Millionen Mark dem Rechnungsjahr 1920 zugute kommen, während 2 000 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1921 verbleiben.

An Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern einschließlich der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol steht der Haushalt 11 477 Millionen Mark vor, gegen 1919,3 Millionen Mark im Vorjahr, also mehr 7 185,7 Millionen Mark.

Höher veranschlagt sind: die Zölle mit 2 500 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 2 388 Millionen Mark, die Rollensteuer mit 4 500 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 3 710 Millionen Mark, die Tabaksteuer mit 1 000 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 568 Millionen Mark, die Biersteuer mit 130 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 21,4 Millionen Mark, die Wein- und Schaumweinsteuer mit 350 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 220 Millionen Mark, die Mineralwassersteuer mit 50 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 20 Millionen Mark, das Branntweinmonopol mit 320 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 260 Millionen Mark (nach Abrechnung der in Wegfall kommenden Branntweinsteuer mit 60 Millionen Mark), die Zündwarensteuer mit 50 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 28 Millionen Mark, die Spielkartensteuer mit 12 Millionen Mark, gegen 1919 mehr 10 Millionen Mark.

Niedriger sind veranschlagt: die Zuckersteuer mit 160 Millionen Mark, gegen 1919 weniger 20 Millionen Mark, die Salzsteuer mit 56 Millionen Mark, gegen 1919 weniger 19 Millionen Mark, die Leuchtmittelsteuer mit 15 Millionen Mark, gegen 1919 weniger 1 Million Mark.

Als sonstige Einnahmen sind aufgeführt: Die Ausfuhrabgaben mit 700 Millionen Mark. Der Ertrag wird nach den bisherigen Einnahmen auf 12 000 Millionen Mark geschätzt. Mit Rücksicht auf eine Entschärfung des Reichsstaatsauschlusses für Volkswirtschaft, wonach für solche Ausfuhrwaren, deren Abfall im Ausland steht, die Abgaben vorübergehend nicht verlangt werden sollen, sind indessen nur 700 Millionen Mark eingebracht worden.

Bei den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts beansprucht der Abschnitt über den Reichspräsidenten 1 244 370 Mk., der Reichstag 7 428 701 Mk., das Reichsministerium mit Reichskanzler und Reichskassier 2 211 450 Mk., das Ministerium des Auswärtigen 2 051 905 Mk., das Reichsministerium des Innern 1 432 826 267 Mk., das Reichswirtschaftsministerium 40 637 747 Mk., das Reichsarbeitsministerium 1 500 084 815 Mk., das Reichswehrministerium für das Meerwesen 2 494 332 591 Mk., für die Marine 513 530 698 Mk., das Reichsjustizministerium 34 364 203 Mk., das Reichsstaatsministerium 1 003 905 Mk., das Reichsverkehrsministerium 30 281 850 Mk., der allgemeine Pensionsfonds 3 967 540 232 Mk., die Reichsschuld 12 693 316 457 Mk., das Reichsfinanzministerium 1 322 077 355 Mk., das Reichsministerium für Wiederaufbau 84 807 489 Mk., die allgemeine Finanzverwaltung 10 569 223 500 Mk.

Der außerordentliche Haushalt enthält u. a. folgende Ausgabenpostitionen: für das Reichsarbeitsministerium 2 288 973 202 Mk., für das Reichswehrministerium 1 718 806 267 Mk., für das Reichsjustizministerium 445 000 000 Mk., davon zur Durchführung des Gesetzes betreffend die Sozialversicherung der Selbstversicherten 250 000 000 Mk., für das Reichsverkehrsministerium, Abteilung für Wasserstraßen, 100 000 000 Mk., für das Reichsministerium für Ernährung u. Landwirtschaft 208 352 389 Mk., Reichsschuld 1 067 391 120 Mk., Reichsministerium für Wiederaufbau 826 254 000 Mk., allgemeine Finanzverwaltung 4 144 727 642 Mk., davon zur Abwicklung der alten Wehrmacht 8 000 447 342 Mk. und Kosten der Internierung der Angehörigen russischer und polnischer Truppenteile 140 000 000 Mk. Für die Ausführung des Friedensvertrags sind in den außerordentlichen Haushalt an Ausgaben eingestellt 41 440 371 959 Mk., davon für



die Volkswirtschaften in den Reichsanlagen 1938 200 000 000 (für 1919: 920 Millionen) und für Ausgaben in Ausführung des Reichsvertrages und seiner Vorarbeiten 20 Milliarden Mark (im Jahre 1917: 17 Milliarden).

Entsprechend den Steuererträgen sind für Ueberweisungen an Einzelstaaten und Gemeinden vorgesehen; von der Einkommensteuer 8 Milliarden Mark, so daß eine Nettoeinnahme für das Reich von 4 Milliarden Mark bleibt; von der Körperschaftsteuer 6 Milliarden (Nettoeinnahmen 3 Milliarden), von den Einnahmen aus der Erbschaftsteuer 1,24 Milliarden. (Nettoeinnahmen 408 Millionen), von den Einnahmen aus Umsatzsteuer und Grunderwerbsteuer zusammen 5,58 Milliarden Mark, so daß aus diesen Posten dem Reich eine Nettoeinnahme von 3,21 Milliarden Mark bleibt.

## Die Sozialisierungsfrage vor dem Reichswirtschaftsrat.

In der Sitzung des gemeinsamen Unterausschusses des Reichswirtschafts- und des Reichshandelsrates am Mittwoch wurden die Beratungen über die Sozialisierungsfrage fortgesetzt. Edler v. Braun führte aus, er habe den Eindruck, daß eine Reihe gemeinsamer Gesichtspunkte bereits gefunden sind. Die Arbeiter hätten betont, daß die bisherigen Vorschläge der Unternehmer das brennende Sehnen der Arbeiterschaft nicht erfüllten. Dieses Streben könne aber nur zum Teil erfüllt werden, soweit die Wirtschaftlichkeit und die Volkswirtschaft dies zulasse. Er ersuchte erst einmal zu prüfen, wie weit ein solcher Schritt zu erlauben und wie weit er abzuwenden sei. Dann würden sich die Gegensätze rasch lösen. Paul Müller, Angestelltenvertreter der Schiffahrt, schlug vor, daß Arbeiter- und Unternehmergruppen gesonderte Kommissionen aufstellten, um praktische Vorschläge zu finden und diese dann erst in gemeinsamer Sitzung des Unterausschusses zu prüfen. Er hofft, daß hierdurch ein Mittelweg gefunden werde. Um breiter hält an den Forderungen der Arbeiter seit Generaldirektor Silberberg hat, dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen auch die „wirtschaftspolitische Linie eingehalten“ werde. Er wandte sich energisch gegen die Resolution der Arbeitervertreter. Paul Müller ändert sodann seinen Antrag dahin ab, daß an die Stelle der getrennten Kommissionen eine gemischte Kommission tritt. Es folgt eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf beschlossen wird, einen Verständigungsausschuß bestehend aus freien Personen zu bilden, von denen je drei von den Unternehmern und Arbeitern zu ernennen sind, während ein Vertreter der Abteilung III des Reichswirtschaftsrats ernannt werden soll. Es wurden darauf von den Unternehmern Dr. Silberberg und Generaldirektor Dr. Walter bestimmt, von den Arbeitern Werner, Winter und Ambush, und als Vertreter der 3. Abteilung Dr. Berthold. Darauf vertagte der Unterausschuß seine Beratungen bis zum 10. November.

## Hermes hat Pech.

Durch die mit Stinnesgeld ausgehaltene Nachrichtenkorrespondenz Dammer hat Herr Hermes den Verlust gemacht, seine Ehre zu retten, indem er die Verantwortung für die Bestechungsmanöver des Herrn Dr. Augustin von seinem Reklott auf das des preussischen Landwirtschaftsministers abwälzen wollte. Ein verzwelfelter Verlust, wie sich sofort zeigt. Der Hauptzeuge nämlich, der Staatssekretär Kamm, stellt sofort fest, daß er alle Verluste des Herrn Hermes, die Affäre zu verschleiern und zu vertuschen, energisch zurückgewiesen hat. Herr Hermes hat damit sein Konto neu belastet durch den von ihm unternommenen Bestechungsversuch. Aber auch mit seiner persönlichen Abwehr geht es ihm nicht besser. In Nr. 704 der Reichstagsbrunnen behauptet er, daß den Bäderorganisationen die Einfuhr amerikanischer Weine nicht gestattet worden sei, weil die Preise zu unbillig gewesen seien, und in Nr. 704 der Reichstagsbrunnen wiederholte vier deutsche nationale Abgeordnete die Anklage des Herrn Dr. Deermann, wonach die Reichsgetreidestelle das Wehl, dessen Einfuhr dem Erlerer Bäderinnungen verweigert wurde, zu mehr als dem dreifachen Preise schließlich gekauft hat. Wie lange wird der Herr Ernährungsminister noch solche Blamagen aushalten können?

## Die unausrollbare Briefpionage.

Während man an jeder deutschen West- oder Ostgrenze der liebige viel Millionen Kapital ins Ausland verschleiben kann, während die Regierung im allgemeinen gar keine großen Anstrengungen zur Verhinderung der Kapitalverschleibungen macht, hält das Reichshandelsministerium an seiner, jeder Verfassungsverletzung hochinteressanten Briefkontrolle fest. Mit Nachdruck wird zwar immer versichert, daß diese Briefzensur lediglich zur Verhinderung der Kapitalverschleibung notwendig sei; nun aber ist durch einen unabweislichen Beweis festgestellt, daß diese Briefzensur auch zu allen möglichen Spionagemitteln dient. Eine rheinische Großhandelsfirma hatte ein Warenangebot ins Ausland versandt und wurde wenige Tage darauf von der Außenhandelsstelle zur Rede gestellt, wie sie dazu käme, zu so niedrigen Preisen ins Ausland zu liefern. Die Aufdeckung der eigentlichen Geschäftsführung unserer Großhandelsfirmen ist zwar nicht ohne Interesse für die deutsche Arbeiterschaft. Wichtig ist aber die Tatsache, daß nur durch amtliche Briefpionage das Angebot der Außenhandelsstelle bekanntgemacht sein kann, d. h. mit andern Worten, daß der Eier, mit dem das Reichshandelsministerium an seiner Briefpionage festhält, eben nicht auf den eigentlichen Zweck zurückzuführen ist, sondern nur aus dem Interesse an der wirtschaftlichen und politischen Spionage erklärt werden kann. So lange es nicht gelingt, diese Spionagemittel zu beseitigen, werden die deutschen Arbeiter deshalb bei ihrem brieflichen Verkehr mit dem Auslande die größte Vorsicht walten lassen müssen.

## Die Zigarrenrechnung von Spa.

Wie einer Mitteilung der Schwäbischen Tagwacht zu entnehmen ist, haben die Teilnehmer an der Konferenz in Spa ihren durch die aufreibende Tätigkeit erschöpften Nerven durch den Genuß feinsten Zigarren immer wieder die nötige Spannung verschafft. Die Rechnung der verquälten Importen beträgt die Kleinigkeit von 8000 Franken, nach deutschem Gelde also etwa 36 000 Mk. Das schätze dabei aber ist, daß die Herrschaften vergessen haben, die aufgelaufene Rechnung zu bezahlen. Wie das Stuttgarter Blatt meldet, ist die Rechnung dem Witterbund vorgelegt worden, der aber erklärt hat, für solche Dinge kein Geld zu haben. Er hat die belgische Regierung an den Botschaftstrat verworfen.

## Der Noi gehorchend.

Zwölf Monate haben die Oberhäupter um ihre staatliche Autonomie gekämpft, zwölf Monate lang war die Verweigerung dieser staatlichen Autonomie durch den preussischen Bureaokratengestalt der herrschende Agitationsstoff für die polnische Propaganda in Schlesien. Nun endlich haben doch alle diese preussischen Ueberpatrioten unter dem Druck der Auslage der oberhäuptlichen Abgeordneten ihren Umsall erlebt: Oberhäupter erhält seine staatliche Autonomie. Das treffliche Spiel ist aus, die Komödie beendet in der die sozialdemokratische preussische Regierung Hand in Hand mit den deutschnationalen gegen die unter dem Zentrumschutze stehende Reichsregierung steht. Die heldenhafte sozialdemokratische

Partei, die seit dem 1. August 1914 sich müht, unter den deutschen Parteien in Nationalismus und Völkerverheugung unüberwunden zu sein, hat wieder einmal eine ihrer kläglichsten Niederlagen erlitten. Noch vor wenigen Wochen tobte der Vorwärts und mit ihm die gesamte rechtssozialistische Presse, nie werde man Oberhäupter staatliche Autonomie geben. Und nun ist alles still geworden. Die Rechtssozialisten ruhen auf den Lorbeeren ihrer Niederlage aus.

## Die Lage im Osten.

### Schlichterin über den Vorfriedensvertrag.

Zürich, 27. Oktober. Nach einer Meldung aus Moskau hat die außerordentliche Sitzung des Großen Russischen Zentralerekutivkomitees am 23. ds. Mo. begonnen. Auf der Tagesordnung stand die Ratifizierung des Vorfriedensvertrages mit Polen und des Friedensvertrages mit Finnland. Aus dem von Schlichterin über den Vorfriedensvertrag mit Polen erstatteten Bericht ist folgendes hervorzuheben: „Der Friedensvertrag ist für uns zweifellos sehr hart, aber Polen verzichtet darauf, Wrangel zu unterstützen und der russischen Reaktion Beihilfe zu leisten. Um den Preis territorialer Konzessionen, die Polen gemacht werden mußten, ist man zu einem Kompromiß gelangt. Zwar lassen gewisse polnische Parteien noch eine feierliche Haltung erkennen, doch werden die polnischen Arbeitermassen die leitenden Kreise Polens zur Annahme des Friedensvertrages bewegen. Für Sowjetrußland würde die Fortsetzung des Krieges neue Opfer bedeuten, die schließlich Rußland daran verhindern könnten, mit dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu beginnen. Der Bericht Schlichterins rief eine lebhafte Erörterung hervor.“

### Bevorstehende Ratifizierung des Rigaer Vertrags.

Warschau, 27. Oktober. (U.) Am 25. d. M. fand der Außenminister Sapina einen Rundfunk nach Moskau, worin er die Sowjetregierung von der Ratifizierung des Rigaer Vertrages durch den Staatspräsidenten in Kenntnis setzt. Der Sekretär der polnischen Delegation, Lotos, reiste am 27. d. M. nach Riga, um die Ratifikationsurkunden mit dem Sekretär der bolschewistischen Delegation, Lorenz, auszutauschen.

### Bedrohung Pellsands durch Zellowski?

Riga, 27. Oktober. (U.) Durch den Vormarsch des Generals Zellowski links der Eisenbahnlinie, die Wina mit Pellsand verbindet, ist man in lettischen diplomatischen Kreisen stark beunruhigt. Die lettische Armee hat bereits am 12. ds. Mo. Befehl erhalten, an dieser Bahnlinie Stellung zu beziehen, um in jedem Fall die strikte Neutralität wahren zu können.

### Waffenstillstand zwischen Pellsand und den Bolschewisten.

Warschau, 27. Oktober. Zwischen Pellsand und den Bolschewisten ist ein Waffenstillstand abgeschlossen worden. Der Austausch der Ratifikationen des Uebereinkommens von Riga soll in Uibau erfolgen.

## Beschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Moskau.

Aus Helsingfors wird berichtet: Die Sowjetregierung veröffentlichte eine Bekanntmachung, worin mitgeteilt wird, daß die außerordentliche Kommission im Rücken der Roten Armee Wrangelische, Saminkowische und andre gegenrevolutionäre Agenten festgenommen habe. Die kapitalistische Agitation verbreite im Auslande Gerüchte über angebliche Zustände in Sowjetrußland und verlege auf diese Weise Bewildigungen im Innern der Sowjetrepublik hervorzuheben. Diese Propaganda finde Widerhall in den konspirativen Zirkeln Ussernows und anders. Um den geplanten terroristischen Akten prosozialistischer Elemente vorzubeugen, die die nächsten Wochen zur Schwächung der Roten Armee ausnützen wollen, hat die Sowjetregierung beschlossen, dem neuen Angriff der Gegenrevolution mit dem Schwert in der Hand zu begegnen. Die Regierung hat verfügt, das Personal des diktatorischen Moskauer Arbeit- und Verteidigungskomitees zu veröffentlichen; anstatt des an die Front gerichteten Kamenski ist Dersinski, der bekannte ehemalige Chef der außerordentlichen Kommission, zum Vorsitzenden des Moskauer Sowjets ernannt und ihm sind die Truppen des Moskauer Bezirks unterstellt worden. Der Kommandant von Moskau hat einen Befehl erlassen, der verschärfte Sicherheitsmaßnahmen für die Stadt Moskau anordnet. Es sollen besondere Wachabteilungen gebildet werden, die alle in Automobilen und Wagen Durchfahrenden zu beobachten haben. Der Nachurlaub der in Kasernen einquartierten roten Soldaten soll auf das Notwendigste beschränkt werden. Den Einwohnern ist es verboten, mit Ausnahme dringender Fälle nach 12 Uhr nachts auf der Straße hängen zu lassen. Von allen Passanten ist die Vorlegung von Ausweispapieren zu fordern.

## Moskau ist mit der deutschen Gewerkschaftsdelegation unzufrieden.

Den Delegierten der Berliner Gewerkschaften Czernin, Ruzh und Schumacher ist bei ihrer Abreise aus Moskau ein Brief des Moskauer Gewerkschaftsrates an die Berliner Arbeiterschaft mitgegeben worden, worin über das unbillige Verhalten der Berliner Delegierten Klage geführt wird. Die Berliner Vertreter hätten sich trotz ihrer Solidaritätserklärungen unter Hinweis auf formelle Rückfragen gewiegelt, der roten Gewerkschaftsinternationale beizutreten oder auch nur zur Verbreitung des Organs der roten Gewerkschaftsinternationale unter den deutschen Arbeitern beizutragen. Die lebhaft platonische Sympathie und der übertriebene, unzeitgemäße Formalismus der Berliner Delegierten seien schwer zu verstehen. Der Brief verurteilt die deutsche Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß zum Durchleuchten des Klassenkampfes ein revolutionärer Generalkongress in Gestalt der roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale gebildet werden müsse. Die Unschlüssigkeit eines Teils ihrer Führer sei für die Arbeiterrevolution ebenso schädlich, wie der Verrat der andern. Der Brief schließt mit der Aufforderung an die deutschen Arbeiter, ihre Entscheidung für Moskau gegen Amsterdam zu treffen und dadurch die Führer zu zwingen, den Weg der Revolution einzuschlagen.

## Kraffin Vertreter der Sowjet-Regierung in Berlin?

London, 27. Oktober. (U.) Manchester Guardian vernimmt aus Riga, daß Kraffin aus London abberufen wurde und zum Vertreter der Räteregierung in Berlin ernannt worden sei. — Witwinow ist mit dieser besonderen Mission nach Riga abgereist.

## Deutschland.

### Keine weitere Erhöhung der Versicherungsgrenze.

Vom Reichsversicherungsamt wird der Tel.-Union mitgeteilt: In der Presse werden in letzter Zeit mehrfach Meinungen verbreitet, daß die Regierung einer Erhöhung der Versicherungsgrenzen der Krankenkassen und Angestelltenversicherung auf 30 000 Mark zugestimmt habe. Dies trifft nicht zu. Es steht noch keineswegs fest, in welcher Weise die Versicherungsgrenze erhöht werden soll. Insbesondere wird eine Erhöhung der Einkommensgrenze in der Krankenversicherung nach der erst kürzlich erfolgten erheblichen Erhöhung von 5000 auf 15 000 Mk. nicht in Frage kommen.

## Die Kraftwerke und die Kohlennot.

Wie die Tel.-Union erzählt, ist die Reichsarbeitgemeinschaft der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung vorstellig geworden, um zu erreichen, daß in Zukunft die Kohlenlieferungen an die Kraftwerke auf jeden Fall regelmäßig erfolgen und nicht immer erst, wenn die Stilllegung der Betriebe unvermeidlich geworden ist.

### Jehn Wagons Karstoffeln verschwunden.

Wie aus Münden gemeldet wird, sind im Bezirk Hensenheim zehn Wagonladungen Karstoffeln, die zum verbilligten Preise für die minderbemittelte Bevölkerung aufgebracht worden waren, auf dem Transport von L. o. s. verschwunden und vermutlich über die bairische Grenze verschoben worden.

Unfall des Generals von Seckl. Wie der Pölschen Zeitung aus Suttgart gemeldet wird, ist der Chef der Beeresleitung, General von Seckl, bei der Befähigungsreise in Würtemberg im Verlauf einer Übung der Ulmer Garnison mit dem Pferde gestürzt und hat sich eine schwere Beinverletzung zugezogen.

Eine Akademie für Sozialhygiene. In Breslau ist die Deutsche Sozialhygienische Akademie eröffnet worden, die bezweckt, an der Wiederaufrichtung der zerrütteten Volksgesundheit durch Verbesserung der Nahrungsmittel, der hygienischen und kommunalen Medizinal- und Fürsorgebeamten mitzuwirken.

Erhöhung der Zukunftsrente für Gewerbe- und Kaufmannsleute. Der Reichsrat hat eine Verordnung angenommen, die die Zukunftsrentengrenze der Gewerbe- und Kaufmannsleute von 15 000 Mark auf 25 000 Mark erhöht.

Eine deutsche Hochschule für Politik ist am Sonntag in der Bauakademie in Berlin eröffnet worden. Die Zahl der eingeschriebenen Hörer beträgt 150. Die Hochschule wird am 1. November den Lehrbetrieb aufnehmen.

Propaganda für die Sozialdemokratie. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist ein Propagandaausschuß für die Sozialisierung der Bergwerke gebildet worden, der seinen Sitz in Bochum hat, aus Anarbeitern und Arbeitern zusammengesetzt ist und die Propaganda für die Sozialisierung im Sinne der Fortschrittlichen Vorkämpfer betreiben will.

Verurteilung französischer Soldaten. Vom französischen Kriegsgericht in Mainz wurde ein Angehöriger des 3. algerischen Schützenregiments, der während der Besetzung Frankreichs eine Frau zu verewaltigen versuchte, zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Ausweisung aus dem Heere verurteilt. — Der marokkanische Seehäfen Bauamama bei Mahamed, der in Wiesbaden ein junges Mädchen angeblich an ihren Wunsch erschossen hatte, wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Deportation verurteilt.

Verhaftung Deutscher durch die Polen. Die Schließung der Propaganda meldet aus Danzig: Wegen angeblicher antipolnischer Propaganda wurde in Bromberg der Vorsitzende des Vereins für die in Polen lebenden Deutschen, Major Wecke, verhaftet und das Bureau geschlossen. In Neustadt (Vormerellen) verhafteten die Polen den Buchdruckermeister Stadtrat Brandenburg, den Herausgeber der Zeitung Der Bote für Vormerellen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Das neue schwedische Kabinett.

Wie der Berlingske Tidende aus Stockholm telegraphiert wird, hat sich das neue schwedische Ministerium folgendermaßen gebildet: Ministerpräsident Geer, Minister des Auswärtigen Graf Wrangel, Justizminister Prof. Ekeberg, Kultusminister Generaldirektor Bergquist, Verteidigungsminister General Hammarström, Finanzminister Tamm, Landwirtschaftsminister Prof. Nils Hansson, Handelsminister Landeshaupmann Gustaf Rasm, Minister für soziale Fürsorge Generaldirektor Elmquist, Verkehrsminister Landeshaupmann Murral. Zu Ministern ohne Portefeuille wurden ernannt Dahlberg und Eriksson.

### Der Wahlkampf in Amerika.

Der Washingtoner Korrespondent der Times berichtet, daß der Wahlkampf in Amerika seinen Höhepunkt erreicht hat. Außer den leitenden Parteimännern durchziehen 300000 Soldaten das Land, um teils für Davling, teils für Cox zu agitieren. Beide Parteien greifen einander hart an. Das Publikum verhält sich zunächst ruhig; es ist allgemein der Ansicht, daß wenn nichts Unvorhergesehenes geschieht, die Republikaner am 2. November ohne Mühe siegen werden.

Gute Getreideernte in Amerika. Die diesjährige Getreideernte in den Vereinigten Staaten wird auf 3 118 182 000 Scheffel geschätzt, das sind 90 Millionen mehr als in den besten Jahren der letzten Zeit.

Erweiterung des Wahlrechts in Norwegen. Das norwegische Storting beschloß mit 92 gegen 31 Stimmen eine Verabfolgung des Stimrechts auf 25 an die Parlamentswahlen von 25 auf 23 Jahre.

Das japanische Marinebudget. Times meldet aus Tokio: Das letzte japanische Marinebudget beläuft sich auf 340 Millionen Yen (51 Millionen Pfund Sterling).

Verstoß der Hochschullehrer in Schweden. Der schwedische Industrieverband hat an die Regierung ein Gesuch um Abgabe der Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrags für Industrieerzeugnisse gerichtet. Der Verband schlägt mit Rücksicht auf das Sinken des Geldwerts eine Preissteigerung der Sozialversicherung vor, so daß diese prozentualer den bei den Schweden gegen die ausländische Konkurrenz bieten, wie vor dem Kriege.

Das Budget der Tschechoslowakei. Das Budget für das Jahr 1921, das Minister Dr. Englis dem Abgeordnetenhause vorlegte, enthält Gesamtausgaben im Betrage von 14 104 374 650 Kronen. Dagegen sind 9 172 265 938 ordentliche und 4 932 108 714 Kronen außerordentliche Ausgaben. Die veranschlagten Einnahmen betragen 14 107 979 550 Kronen.

Regentenwahl in Griechenland. Nach einer Havasmeldung aus Athen wird das zur Zeit aufgelöste griechische Parlament unverzüglich zur Wahl eines Regenten einberufen werden. Die Wahl des Admirals Konduriotis scheint gesichert zu sein. Die Wahlen zur Nationalversammlung werden um eine Woche vertagt.

Brasilianischer Kredit für Belgien. Brasilien hat Belgien einen Kredit von 350 Millionen Franken eröffnet, um Nahrungsmittel und Rohmaterialien in Brasilien kaufen zu können. Dafür soll Brasilien das Recht erhalten, in Belgien freigelegte Waren zu kaufen, die auf den Vorfuß berechnet werden. Auf diese Lieferungen wird Belgien eine Ermäßigung der Einfuhrzölle um 20 Prozent bewilligen.

Der Justizminister des Kabinetts Clemenceau, Nail, wurde im Zentrum von Paris von einem Automobil überfahren und sofort getötet.

Die tschechischen Richter wollen streifen. Die tschechoslowakischen Richter haben der Regierung ihre Forderungen vorgelegt. Sollte diesen nicht entsprochen werden, so sind die Richter bereit in den Streik zu treten.

## Von Nah und Fern.

### Benzin-Explosion in einem Krankenhaus.

Berlin, 27. Oktober. Gestern abend explodierte auf dem Hof des Hedwig-Krankenhauses ein Benzinhälter, wodurch der Hausmann und ein Hausmädchen des Krankenhauses schwere Verletzungen erlitten. Vier Pölschläge der Feuerwehr beseitigten den entzündeten Brand. Der Patientin bemächtigte sich eine Panik, so daß sie nur mit dem Hemde bekleidet in den Hof eilte.

### Verurteilte Kassamünzerbande.

Frankfurt a. M., 27. Oktober. Das hiesige Schwurgericht hat die aus 14 Personen bestehende Kassamünzerbande, die Frankfurt und Umgebung mit falschen 50-Mark Scheinen überhäufte, zu 3 Jahren von 3 1/2 Jahren bis 15 Monaten Gefängnis und Ehrverlust von drei bis fünf Jahren verurteilt. Der Hauptangeklagte Geschäftsführer Kreier aus Zwingenberg erhielt 3 1/2 Jahre Gefängnis.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Leinrich Reihner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inzeratenteil:

Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Mitteldeutsche, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Wir bieten in reichhaltiger Auswahl u. guten Qualitäten in modern. Farben u. Fassons

**Herrn - Ulster**  
von Mk. 290.- an

**Herrn - Paletots**  
von Mk. 390.- an

**Herrn - Anzüge**  
von Mk. 375.- an

**Gestreifte Hosen**  
von Mk. 65.- an

Unser Stofflager ist gut sortiert und empfohlen wir Anfertigung nach Maß mit kürzester Lieferfrist unter Garantie für tadellosen Sitz

**Gebrüder Rockmann**  
Leipzig - R., Dresdenstr. 75

**U.S.P.D. Gross-Leipzig**  
**Frauentoleranz des Bezirks Leipzig.**  
Sonntag, den 31. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Volkshaus, Gartenlaal, Tagesordnung: 1. Beschlüsse des Parteitages von Halle. Ref.: Genossin Schöning. 2. Unsere Tätigkeit im Landtagswahlkampf. Ref.: Gen. Plottke. 3. Matation. Fahr. Besuch erw. Der Hauptvorstand.

**Enthra.** Sonnabend, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Reichsadler, kleiner Saal. Tagesordnung: Stellungnahme über die Spaltung innerhalb unserer Partei. Es ist unbedingte Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.  
Der Vorstand.

**Zum Preisabbau Kinderwagen**  
mit 20% Nachlaß  
Einzelne Meßmuster Einkaufspreis

**Reisekörbe**  
**Waschkörbe**  
**Leiterwagen**

Großlager  
**POPP**  
Panorama  
Fil. Müdlor-Passago  
Noumark 14.  
Alle Reparaturen werden fachm. vorgenommen.

en gros en detail

**Holzschuh- und Pantoffelabrikt Reide Dorn**

Spezialität:  
Echt Lederhübsche mit Holzsohle  
Holzschuh-Befestigung  
Holzschuh- und Pantoffelbinder.  
Beste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.  
Verkaufs- u. Annahmestellen:  
Hauptgeschäft P. Stöcker  
Wallerturmstraße 10. Zweigstellen Anger, Mühlauer Str. 33 und Kellerb., Wurauer Str. 43.

**Haut-, Geschlechts- u. Harnleiden, vorz. nerv. Schwäche**  
behand. Dr. med. Dori, nicht approbiert. Mittl. naturwiss. Gelehrt. Leipzig, Kurprinzenstr. 5. Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

**Kognak-Verschnitt**  
48% 42% 36% 30% 24% 18% 12% 6%  
L. O. Kaspar-Nacht, Ulanen, Althofstraße 30.

**Rum-Verschnitt**  
50% 40% 30% 20% 10%  
L. O. Kaspar-Nacht, Ulanen, Althofstraße 30.

**Hollenkamp**

Einganz außergewöhnliches  
**Stoff-Angebot**

Eine große Tuchfabrik mit eigener Spinnerei, die also ganz besonders billig produziert, hat bei uns

**zwei große Posten Herren - Stoffe**

zum Meterverkauf gestellt. Die nachstehenden Preise liegen unter dem Herstellungspreis d. Fabrikanten

**Posten 1, 140 cm breit . . . M. 48.-**  
**Posten 2, 140 cm breit . . . M. 78.-**

**H. Hollenkamp & Co**  
Brühl Nr. 28-32 Leipzig Ecke Reichsstr.  
Erstes Herren-Bekleidungshaus

**Metallarbeiter Verband**

Die Bildung der Metallarbeiter in Leipzig ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Stadt. Der Verband hat sich zum Zweck gegründet, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für ihre Weiterbildung zu sorgen.

**Bautlempner.** Freitag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, Versammlung im Eldorado, Pfaffenbrunnstr. 14. Tagesordnung: Stand unserer Lohnbewegung. Erwähnen aller Kollegen im Bild. Die Brandentzündung.

Zentral-Verband der  
**Maschinisten u. Feizer**  
sowie Berufsgenossen

**Die Feier anlässlich des 25jährigen Bestehens der Geschäftsstelle Leipzig**

findet am Freitag, den 29. Oktober 1920, im grossen Saale des Volkshauses statt, wozu wir unsere Mitglieder hierdurch nochmals einladen. Mitwirkende: **Gustav-Schütze-Orchester, Südvorstädtischer Männerchor**, unter persönlicher Leitung des Herrn Paul Michael, Rezitation: Herr W. Heilm Engst, Mitglied der städt. Theater. Einlaß 7 Uhr. Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr.

Eintritt nur gegen die durch die Bolkassierer aussehend. Einladungskarten. Die Ortsverwaltung. Bildungsausschuß.

**Prima Speisemöhren** 3lr. 25 Mk.  
**Rotkraut** 3lr. 25 Mk., **Weißkraut** 3lr. 24 Mk.  
**Rote Rüben** 3lr. 20 Mk.

verkauft  
**Herm. Sturm, L.-Lindenau**  
Frankfurter Straße 55 - Angerbrücke.

**Wichtige! Eröffnung Sonnabend! Wichtige!**  
**Rohschlächterei u. Wurstfabrik**  
**L. Blagwitz, Zollschuppenstr. 7**  
empfehlen  
**Prima Rohfleisch und Wurstwaren.**

**Karten der Arbeitervereine zur Sport- u. Körperpflege**

**Turn-Vereine**

**Wahren.** Turnverein. Freitag, den 29. Oktober, nach dem Turnen **Mitteltier-Verammlung** im Turnlokal, Birkenhain. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Turnrat.

**Radsfahrer-Bund Solidarität**

**Hst. Schönefeld.** Zum Reformationsfest **Schlussschau** nach Fohelwitz. Bei unangenehmem Wetter gemüthliches Beisammeln bei Haupt. - Röhle **Verjammung** findet Donnerstag, den 4. November, statt.

**Schul- Ranzen Taschen Mappen** rückentragbar

Nur eigene solide Fabrikate.  
Prima Rindleder. Grösste Auswahl.  
Billigste Preise.

**Karl Blaich**  
Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16

**Politische Partelen und Verfassungskämpfe in Sachsen**  
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1848-1849 von **Dr. Curt Geyer**  
Preis broschiert 3.- Markt  
Leipziger Buchdruckerei A. G.  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Str. 19 21  
Die Austräger und Filialen der Volksgelung nehmen Bestellungen entgegen.

**Sport-Zigaretten**  
M. 218.-  
per 1000  
M. Glaser, Leipzig 3  
Katharinenstr. 17  
Fernsprecher 3018

**Abonnenten** berücksichtigen bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volksgelung.

**So vorteilhaft billig kaufen Sie bei uns!**

Aus neu hereingekommenen Fabriksendungen:

<b>Damen-Spragenschuh</b> schöne Form, beste Verarbeit., Lederfutter . . . Mk. <b>78</b>	<b>Herrnstiefel</b> mit Schnalle und zum Schürren, sehr dauerhaft . . . Mk. <b>125</b>
<b>Damen-Schnürschuh</b> m. Lackkappe, dauerhaft und elegant . . . Mk. <b>85</b>	<b>Herrnstiefel</b> kräftiger Rindbox, mit extra starkem Lederboden . . . Mk. <b>148</b>
<b>Damenstiefel</b> Nistelschaft, dau. ch. Winterstiefel aus fest. Boxleder . . . Mk. <b>98</b>	<b>Herrnstiefel</b> braun Rindleder, hervorragend. Strapazierstiefel . . . Mk. <b>168</b>
<b>Damenstiefel</b> aus fein. weich. Rindbox, sehr elegante kurze Form . . . Mk. <b>164</b>	<b>Herrnstiefel</b> echt Boxkalf, solide und vornehmer Straßenstiefel Mk. <b>178</b>

**Dauerhafte Kinderstiefel**  
Größe 21/24 Größe 25/28  
**44.- 49.-**

**Dauerhafte Kinderstiefel**  
Größe 27/30 Größe 31/35  
**78.- 85.-**

Warme, mollige  
**Kamelhaar- u. Filzschuhwaren**  
**Liebermann & Co.**  
Reichsstr. 4-6 (Specks Hof)  
Eisenbahnstr. 55

**Konsum-Verein Leipzig-Blagwitz**  
— und Umgegend. E. G. m. b. H. —

**An unsere werten Mitglieder!**

Im Jahresbericht sind auf Seite 44 und 45 die Tage festgesetzt, an welchen, der Reihe der Mitgliedsnummer nach, die Rückvergütung ausgezahlt wird.

**Umständehalber muß eine Veränderung eintreten.**

Um unseren Mitgliedern unnötige Kosten und unnütze Wege zu ersparen, bitten wir zu beachten: **Paul Beschluß** der General-Versammlung beträgt der

**Geschäftsanteil 100 Mark**

und die Rückvergütung für das abgelaufene Geschäftsjahr 3%. Die Rückvergütung kommt jedoch **nur soweit zur Auszahlung**, als der Geschäftsanteil die volle Höhe erreicht hat. Die Mitglieder, welche dieses Jahr **keine Rückvergütung zu erheben haben**, brauchen nicht zu dem angelegten Termin zu erscheinen, die Buchung im Mitgliedsbuch wird nächstes Jahr anlässlich der Markenabgabe mit vorgenommen.

Die neue Reihenfolge der Nummern und die Tage an denen die Auszahlung erfolgt, sind aus einer Bekanntmachung zu ersehen, die in den Verkaufsstellen öffentlich aushängt. Wir lenken die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf diesen Aushang, damit keine unnötigen Weiterungen entstehen. Die Beamten sind angewiesen, sich genau an die in der Bekanntmachung angeführte Reihenfolge der Mitgliedsnummern zu halten.

Leipzig, am 28. Oktober 1920. **Der Vorstand.**

**Gamillen-Nachrichten**

**Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Leipzig.**

Hiermit zur Kenntnis, daß am 26. Oktober unter Mitwirkung der Steinsetzer  
**Franz Schilling**  
nach kurzer Krankheit gestorben ist. Sein Andenken wird dauernd in Ehren gehalten werden. D. G.  
Die Beerdigung findet Freitag, mittags 12 Uhr, auf dem Schönefelder Friedhof statt. Die Kollegen wollen sich dort pünktlich einfinden.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß nach langem, schwerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hat, unser lieber Sohn und Bruder, Neffe und Cousin, der Eisendreher  
**Kurt Dämmrich**  
am Dienstag, dem 26. Oktober, abends, 5 Tage vor seinem 21. Geburtstag, verschieden ist.  
L. Schlegel, Rodulphstr. 25 IV.  
Dies zeigen tiefbetrauert an  
**Die trauernden Eltern u. Geschw.**  
Einsäherung Sonnabend, vorm. 11 Uhr Südfriedhof.

Allen Freunden zur Nachricht, daß unser treuer Freund, der ehemalige Schlosser und Fabrikabwinder  
**Wilhelm Behrens**  
nach schwerem Leiden im 75. Lebensjahre verschieden ist.  
L. Lindenau, Gutsmuthsstr. 15, II., 27. Okt. 1920.  
In aufrichtiger Trauer  
**W. Härtel**  
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Einäscherung findet am 30. Okt., 1/10 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofes statt.  
Blumenf. auf Wunsch des Verst. dank. abgelehnt.

Nach jahrelangem, schwerem Herzleiden entschlief heute früh 9 Uhr sanft und ruhig im 42. Lebensjahre unser lieber Freund, der Eisendreher  
**Richard Paul Schulze**  
L. Lindenau, den 27. Oktober 1920  
Demmeringstraße 78b, I.  
In tiefer Trauer  
**Paul Ritter** nebst Familie.  
Die Trauerfeier findet Sonnabend, den 30. Okt., 1/12 Uhr, in der Kapelle des Linden. Friedhofes statt.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

November-Kommission.

Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 7.

Aber die bevorstehende Landtagswahl spricht heute, abends 1/2 8 Uhr, Genosse Hoffel in den Westendhallen, Leipzig-Plagwitz. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreichem Besuch.

Alt-Leipzig, Nordbezirk. Heute Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung Berliner Straße 15 bei Scherpe. Mitglieder sind vorzuzeigen. Der Bezirksvertreter.

Ortsverein Leipzig-Schönefeld USPD. Die Frauenabstimmungsabend Montag, den 1. November, fällt aus.

Volkszeitungsleiter von Deusch.

Wir erlauben alle diejenigen, die auch weiterhin Leser der Leipziger Volkszeitung bleiben wollen, ihre Adressen bei folgenden Genossen abzugeben:

- Gustav Schmidt, Hauptstraße 87, Laden; Kurt Köhler, Schönauer Straße 14; Robert Hahn, Barnecker Straße 4, Laden; Ernst Neumann, Lindenauer Straße 30, Laden; Adolf Stone, Weinbergstraße 5, III.; Albert Ruprecht, Waldstraße 5, III. z.; Rudolf Fischer, Grenzstraße 11, III. z.; Alfred Wettermann, Baitenhausstraße 6, pt. z.

An diesen Stellen werden ebenfalls Mitgliedsverfahrungen zur USPD entgegengenommen. Der Vorstand.

Kartelldelegierte. In der Versammlung heute, Donnerstag, spricht Herr Dr. Lübstorff vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig über Kosten des Unterhalts und Preise der Lebensmittel in Leipzig.

Aus dem Stadtparlament.

Eigentlich sollten in der gestrigen Sitzung die ersten Konten des Haushaltsplanes beraten werden, so sah es wenigstens die Tagesordnung vor. Daraus wurde aber nichts, weil über alle möglichen und unmöglichen Dinge mit wenig Wort und viel Behagen und zum Teil mit noch weniger Sachkenntnis gesprochen wurde. Ein typisches Beispiel dafür war eine entsetzlich langweilige Rede des Hausbesizers Krehschmar, der gegen die Ausführung aller städtischen Bauten im Eigenbetrieb sprach, wobei er alle alten Ladenhüter der Zunftmeister und einige falsch zitternde und falsch verstandene Nebensarten aus dem Vorwärts vorbrachte. Er sprach davon, daß der Eigenbetrieb die fürchterlichsten Dinge zur Folge haben müsse, er sprach vom Zusammenbruch der Volkswirtschaft, von den reaktionären Gewerkschaften, von Einreisen, von wöchentlich 1500 Mk. Arbeiterlöhnen (nach denen er keine Schulden hat, sonst ginge er doch unter die Arbeiter); er sprach nicht im Brusttone der Ueberzeugung, aber mit ungläublich näher Kannewiese, so daß es gar fertig brachte, daß ein Mitglied des Kollegiums sanft erstickte, während sich viele andere rechtzeitig außerhalb des Saales retteten. Es sprachen noch einige in gleicher geistlicher Verfassung, bis ihnen Genosse Böhmle mit einigen erstfahenden Worten den Standpunkt klar machte; auch der Rechtssozialist Hagen leuchtete den besorgten Umringeltrautern heim. Das Resultat der Aussprache war, daß sich die aus Unabhängigen und Rechtssozialisten bestehende Mehrheit des Kollegiums für die Ausführung aller städtischen Bauten im Eigenbetrieb aussprach.

Die Vorlage über die Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise gab dem Bankier Meyer Gelegenheit, seine volkswirtschaftliche und politische Unkenntnis in aller Offenlichkeit darzutun, was aber auch ohnehin im Kollegium hinreichend bekannt war. Herr Meyer sprach von der Schuld der Streikenden an der Verteuerung aller Waren und von dem Nachlassen des Streikfliebers, was er darauf zurückführte, daß die Führer in jedem verlorenen Streik eine Gefährdung ihrer Position erkennen, und von anderem Zeug. Mit dieser Begründung wollte er den Kubikmeter Gas wenigstens um einen Pfennig verteuern, während die Ausschüsse jede Gaspreisverhöhung ablehnten. Genosse Liebmann sagte dem Mann, daß er mit solchen Vorlesungen aus der Kinderfibel der kapitalistischen Preisfechter keinen Eindruck machen könne, wenn er sparen wollte, hätte er mit seinen Freunden Gelegenheit genug gehabt, bei den hohen Beamtengehältern und bei dem 3-Millionen-Zuschuß für das Theater zu sparen. Schließlich wurde jede Erhöhung der Gas- und Wasserpreise abgelehnt, während der Lichtstrompreis um 5 Pfg. erhöht wurde. — Bei dieser Debatte erklärte Stadtrat Dr. Paul, daß die Stadt mit dem Ankauf der Anteile an den Kohlengruben das glänzendste Geschäft gemacht habe, woraus man schlußfolgern kann, wie gut es den Bergwerksbesitzern geht.

Dr. Paul nahm an diesem Abend noch einmal Gelegenheit, auf eine dringliche Anfrage der Demokraten zu erklären, daß er sich in der Öffentlichkeit über die Handlungen des Reichskohlenkommissars Leipzig gegenüber nicht so äußern könne, wie er es im kleinen Kreis tun würde. Das klang ganz falsch, hoffentlich wird es gehört, noch mehr zu hoffen wäre, daß es Erfolg hätte.

Ein trübes Kapitel: Der Rat forderte rund 120 000 Mk. für die Unterhaltung der privaten Handelslehranstalten. Pfarrer Veremias sagte, es handelt sich um die himmelschreiende Not der in den Anstalten beschäftigten Lehrer. Eine Anzahl Redner traten für die Ratvorlage ein. Sie fand aber keine Mehrheit, denn die Sozialdemokratie fordert grundsätzlich die Befreiung aller dieser Privatschulen, worauf vom Genossen Krüger hingewiesen wurde. Gefühlsmäßig neigt die Stimmung gewiß dazu, den Anstalten um der Lehrer willen zu helfen, aber mit dem Gefühl wird keine prinzipienklare Politik gemacht. Gefühlsmäßig hatten übrigens die schwerreichen Kaufherren Leipzigs die Pflicht, für die Leute zu sorgen, die ihnen seit Jahrzehnten brauchbare Hilfskräfte für ihre Profitmacherei heranzubilden. Gefühlsmäßig — beim Geldbeutel hört das bekanntlich auf, wie dabei jede Gemütslichkeit aufhört.

Von den Leipziger Speiseanstalten.

Die städtischen Speiseanstalten zu Leipzig sind, wie man uns schreibt, wieder gezwungen, den Mahlzeitenpreis zu erhöhen, und zwar von 70 Pfg. auf 1 Mk., beginnend vom Montag, dem 1. November, ab. Zur Entschädigung für die notwendige Bevölkerung hat der Rat der Stadt, Arbeitsamt 11, Erwerbslosenfürsorge, für die Erwerbslosen angeordnet, daß diese in der Woche auf Antrag drei Gutscheine für die Speiseanstalten zum Preise von 50 Pfg. erhalten. Es können also Erwerbslose die Mahlzeit zu 50 Pfg. kaufen und, wenn eine leistungsfähige Entnahme in der Woche in Betracht kommt, so ist immerhin der Preis der Mahlzeit nur 75 Pfg., also nur 5 Pfg. Erhöhung gegen bisher. Der gleiche Vorschlag wurde dem Fürsorgeamt gemacht, daß ebenfalls die Personen, die nicht in Fürsorgepflege stehen, aber doch bedürftig erscheinen, besonders also alleinstehende ältere Personen, Invaliden und dergleichen solche Gutscheine für Rechnung der Fürsorge erhalten, so daß auch diesen gegenüber die Mahlzeit nicht erhöht, sondern sogar verbilligt werden würde.

Die Erhöhung des Speisepreises ist leider unbedingt notwendig geworden, denn die Ankosten für den Betrieb der ganzen Speiseanstalten sind, insbesondere auch durch den unentgeltlich hohen Kartoffelpreis, derart angewachsen, daß selbst mit den größten städtischen Zuschüssen der Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden könnte, wobei noch als besonders ungünstig der Umstand mitwirkt, daß in derselben Zeit die Umstellung von der Kriegswirtschaft zum Frieden vorgenommen werden muß. Die neue Wirtschaftsführung der Speiseanstalten hat sich vor allem bemüht, die aus den Rücklagen für die Kriegszeit stammenden minderwertigen und unbrauchbaren Nahrungsmittel und Zutaten abzuführen, und hat dabei große Verluste erlitten. Weiter mußte eine wesentliche Erhöhung der Löhne für die Küchenangestellten durchgeführt werden, und die Instandsetzung der Einrichtung verhängt ebenfalls laufend große Summen. Wenn auch die ganze Verewaltung, sowohl der Hauptwirtschaftsleitung, als auch die der einzelnen Speiseanstalten ehrenamtlich geschieht, so sind doch die gesamten Ankosten ganz wesentlich höher, als wie die Jahre vorher. Es soll aber auch dem berechtigten Verlangen Rechnung getragen werden, die Zusammenfassung der Speisen zu verbessern und deren Nahrungswert zu erhöhen. Es ist dies freilich nicht von einem Tag auf den andern durchzuführen; so erfordert die Wiedereinführung von Fleisch- oder Fischzuzugaben ganz eingehende Vorbereitungen, doch ist anzunehmen, daß schon in den ersten Novembertagen Fleischzuzugaben bei einzelnen Mahlzeiten, etwa einmal in der Woche oder vielleicht dreimal im Monat, gegeben werden können. Für die Anordnung der Speisezubereitung und die Ueberwachung der Verwendung aller Zutaten ist ein erfahrener Fachmann, ebenfalls ehrenamtlich, in den Vorstand eingetreten, ferner sind Zusammenkünfte der Kochfrauen eingeführt, in welchen die nötigen Maßnahmen und Verbesserungen für den Betrieb besprochen werden. Leider hat in den letzten Monaten die Beanspruchung einzelner Anstalten stark nachgelassen, und da bei den erhöhten Grundkosten eine Anstalt nicht mehr wirtschaftlich arbeitet, wenn sie weniger als 2000 Mahlzeiten in der Woche ausgibt, müßten, so bitter es für den Vorstand wäre, einige Anstalten geschlossen werden. Daß dies während des Winters unter allen Umständen vermieden werden muß, solange es irgendwie geht, ist selbstverständlich. Die Bevölkerung selbst kann hierzu beitragen, die Anstalten zu erhalten, indem in härteren Mäßen von deren Einrichtung Gebrauch gemacht wird. Die gewiß nachdrastigen Gerichte könnten in manchen Familien mindestens die weniger ergiebigen und dafür teuren kalten Abendmahlzeiten ersetzen. Es brauchen nur am Mittag etwa zwei Portionen für die Familie abgeholt werden, die dann am Abend gewärmt werden können; besonders für die größeren Kinder wäre dies eine vorzügliche Abendkost. Daß auch die Mittagkost für manche Familie durch die Entnahme aus der Speiseanstalt wesentlich verbilligt werden kann, ist ebenfalls zu beachten. Besonders die Anstalten in den weiter abgelegenen Vororten, in Stütz, Kleinjocher und Rodau, rechnen auf stärkere Inanspruchnahme durch die dortige Bevölkerung im Laufe des Winters.

Kommunalisierung des Beerdigungswesens.

Durch sein Dasein ist der Mensch ein Glied der Allgemeinheit. Darum hat die Allgemeinheit auch dafür zu sorgen, daß die Geburt des einzelnen möglich ist. Darum ist es aber auch die Pflicht der Allgemeinheit, die Beerdigung des gestorbenen Menschen zu regeln. Schon vor dem Kriege hatte man diesen Gedanken vereinzelt in die Tat umgesetzt, wenn auch nur auf Teile der Frage, wie z. B. den Transport der Leiche, den z. B. Straßburg schon vor dem Kriege städtischerseits besorgte. Jetzt, wo die Beerdigungskosten für den Proletarier einfach unerträglich sind, hat die Not in vielen Städten zur Kommunalisierung des Beerdigungswesens gezwungen. Aber immerhin sind es auch heute noch wenige Städte, die solche Kommunalisierung des Beerdigungswesens kennen.

Zur Vermeidung der kapitalistischen Auswüchse regte Bürgermeister Zwillingberger-Zitau kürzlich in der Sächsischen Gemeindezeitung die städtische Vermittlung zur Friedigung der Beerdigungsgesellschaften an. Der Antraggeber hat den gesamten Kostentrag für die vorgenommene Bestattung im voraus bei dem Bestattungsamt einzuzahlen und dieses weißt dann auf Grund der Anmeldung die in Anspruch genommenen Verkaufsstellen und Personen zur Lieferung und Dienstleistung an.

Da auch so das Unternehmertum bestimmend bleibt, so werden die jämmerlichen Erscheinungen nicht vermieden, wie sie heute immer wieder in die Erscheinung treten. Bis 1000 Mark und darüber für eine Beerdigung ist auch in Arbeiterkreisen auf diese Weise nichts Besonderes, während die Hamburger Staatskrankenhäuser die Beerdigungen ohne Verlust mit rund 500 Mark ausführen können.

Nur die Kommunalisierung des Beerdigungswesens, die kommunale Regie kann vor diesen Mißständen bewahren. Sie ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine sittliche Pflicht.

Die kommunale Küche.

Je schwieriger die Ernährungsverhältnisse werden, um so mehr Beachtung sollte man der Mahnung zur Ernährungsstechnik schenken. Prof. Gruber auf dem Raumburger Naturforschertag kürzlich gab. Daß Ernährung bedarf einer großzügigen Organisation. Die Verhältnisse zwingen immer mehr zur Lösung des Problems: Sozialisierung der Küche. Die Bedeutung einer Kommunalisierung des Küchenwesens wird auch von bürgerlicher Seite immer mehr geahnt. So warnt G. Albrecht in der Concordia davon, die Volkswirtschaft eingehen zu lassen. Man solle sie vielmehr weiter ausbauen. Restaurantkost müßten sie bieten. Das heißt mit anderen Worten, der Notbehelf: Volksküche muß zur kommunalen Küche werden. Wie in der Industrie und überall die Organisierung und Konzentrierung Rentabilität bedeutet, so heißt kommunale Küche: Verbilligung.

Aber noch mehr. Die kommunale Küche bedeutet die Befreiung der Frau von wirtschaftlichen Ketten. Wie viele Stunden des Tages hat die Frau heute der Küche zu opfern. Tausend Ar-

beiten von taublen Frauen, die eine Zentrale oder wenige Zentralen in 50 Prozent der Zeit verrichten können. Man spricht von Segen des Wochentags. Die proletarische Frau hat ihn nicht. Erst die Kommunalisierung der Hausarbeit macht die Frau für Kulturaufgaben frei. Und dazu gehört die kommunale Küche. Nicht um mindesten ist die kommunale Küche eine Forderung der Wissenschaft. Das wird auch von der Wissenschaft, soweit sie praktisch zu denken versteht, immer mehr anerkannt. So schrieb Meyerhofer kürzlich in der Wiener klinischen Wochenschrift über Ernährungslünde. Er weist in der Arbeit auf die Bedeutung und den Umfang der Ernährungslünde hin. Von dieser Lösung hänge das körperliche und geistige Wohlbefinden der Völker für die Zukunft ab. Chemie, Botanik, Zoologie und verarbeitende Ernährungslehre, sowie die medizinischen Hilfswissenschaften müßten zum Studium der Ernährungslünde herangezogen werden. Meyerhofer fordert deshalb, die gesamte Ernährungslünde an den Universitäten als eigenes Fach zu behandeln. Die Küche wird damit zu einer Wissenschaft, und je mehr man sie als Wissenschaft erkennt, um so mehr ist die kommunale Küche, von Fachleuten geleitet, die notwendige praktische Folgerung.

Die arbeiterfreundliche Wissenschaft. Eine außerordentliche Tagung des Vereins für Sozialpolitik fand in Kiel statt. Auf dieser Tagung brachte Generaldirektor Blatschel den verammelten Gelehrten zum Ausdruck, daß die von den Universitäten entlassenen Volkswirtschaftler sich absolut nicht für die Praxis eignen. Es sollte ihnen jegliches Verständnis für die Bedürfnisse und Anschauungen der Arbeiterschaften. Blatschel verlangte, daß der Volkswirtschaftler zum mindesten ein Jahr praktisch als gelohnter Arbeiter mit seinen Arbeitsgenossen zusammenarbeiten müsse, um ihr wirtschaftliches Seelenleben erst kennen zu lernen. Das durchgreifende Mittel ist jedoch die geistige Leitung durch das arbeitende Volk selber, durch seine Führer. Das Prinzip führt auch die Frau auf den ihr gebührenden Platz, denn ebenso wie nur ein Mensch, der das arbeitende Volk verstehen kann, so kann nur eine Frau das Seelenleben und die Bedürfnisse der Frauen befreien.

Die Volksbrausebäder müßten vor einigen Jahren wegen Rohlenmangel geschlossen werden. Um einem dringenden Bedürfnis zu entsprechen, sollen nunmehr außer dem bereits in Betrieb befindlichen Volksbad im Westen auch die Volksbrausebäder im Osten, am Täubchenweg, und im Süden, Leipzig-Connewitz, Südstraße 100, Sonnabend, den 30. Oktober 1920, wieder eröffnet werden. Die Wiedereröffnung des Volksbrausebades im Norden wird in nächster Zeit erfolgen. Die Bäder sind außer Montags geöffnet: Dienstag bis Freitag von früh 9 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonnabends von früh 9 Uhr bis abends 8 Uhr, Sonntags von früh 8 Uhr bis mittags 12 Uhr.

Der neue Direktor der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, Professor Walter Tie mann, wurde am 27. Oktober in sein Amt eingeweiht und vereidigt. Ministerialdirektor Dr. Allen gedachte bei diesem Anlasse der großen Verdienste des am 10. Mai dieses Jahres verstorbenen bisherigen Direktors Professor Seifiger. Sein Nachfolger Professor Walter Tie mann, der seit 17 Jahren der Akademie angehört und ihr trotz Berufungen nach Berlin und Offenbach treugeblieben ist, habe die Erwartung, die man bei seiner Anstellung vor 17 Jahren an ihn gestellt habe, in jeder Weise erfüllt. Die Regierung hoffe, daß sich unter seiner Leitung die Anstalt weiter anwärtz entwickele. Professor Tie mann versicherte hierauf, daß er seine ganze Kraft einsetze werde, um das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Wiedervereinigung der Technischen mit der Allgemeinen Muttermesse in Leipzig. Während der Herbstmesse 1920 hatte der Ausschussrat des Mehamts beschloßen, grundsätzlich der gleichzeitigen Abhaltung beider Messen zuzustimmen. Jetzt hat sich der Arbeitsausschuss des Mehamts ebenfalls endgültig für die gleichzeitige Abhaltung beider Messen ausgesprochen.

Eternabend. Alt-Leipzig, Norden: Freitag, den 29. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im Saale der 32. Volksschule, Dorfstraße: Eternabend, Vortrag über Berufsberatung. Referent: Herr Oberlehrer Trintz. Erscheint aller Eltern ist Pflicht.

Alkohol und Proletariat. Nach einer Arbeit in der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen ist die Zahl der auf Alkohol zurückzuführenden Geisteskrankheiten im Kriege wesentlich zurückgegangen, ebenso die Zahl der durch den chronischen Alkoholismus verursachten körperlichen Erkrankungen. Leider tritt, so heißt es, wieder eine Zunahme im Alkoholismus zutage, woraus auch Meyer in der Deutschen medizinischen Wochenschrift hinweist. Besonders bedauerlich ist die zunehmende Trinkgewohnheit bei der weiblichen Bevölkerung. Es ist unzweifelhaft, daß die traurige soziale Lage ihr Teil zu diesen bedauernden Tatsachen beiträgt.

Das Schau- und Wettbewerbens des Arbeiterturn- und Sportbundes, das am Sonntag, dem 31. Oktober (Reformationsfest), vormittags 11 Uhr, in der Alberthalle des Leipziger Arbeitervereins stattfinden wird, sei hiermit der Leipziger Arbeiterschaft nochmals in Erinnerung gebracht. Die Arbeiterturner hoffen, mit dieser Veranstaltung bei der arbeitenden Bevölkerung das Interesse für gute Leibesübungen zu heben. Gleichzeitig soll das Turnen auch Zeugnis davon ablegen, daß die Leibesübungen im Arbeiter-Turnerbund gute Fortschritte gemacht haben und sich wohl neben den Leistungen bürgerlicher Vereine — deren Mitgliederbestand sich in der Hauptsache noch immer aus Arbeiterkreisen rekrutiert — sehen lassen können. Programme sind zu haben bei Herrn Ernst Becker, Schuhmachermeister, Leipzig, Ratstädter Steinweg 29 (Laden), und im Arbeiterturnerbund, Fichtestraße 36.

Deutschland, Deutschland über alles. Unter diesen Klängen nahm, wie man uns schreibt, am Montag, dem 26. Oktober, das Fest, welches anlässlich der Preisverteilung für die Ausstellung „Garten und Kind“ sein Ende. Aufgefordert dieses Lied im Stehen zu singen, wurde die Festversammlung durch den Schuldirektor Frische, Stötterich, der schon in einer vorhergehenden Rede seine nationalitätliche Gefinnung kund gab.

Soziales Los und Schwangerschaft. Man spricht oft von der angeborenen körperlichen Minderwertigkeit der unehelichen Kinder. Wie die Untersuchungen von Prof. Reiter jetzt ergeben haben, ist an und für sich keine körperliche Minderwertigkeit vorhanden. Nur weil die ledigen Mütter während der Schwangerschaft unter ungünstigen sozialen Verhältnissen leben, besteht dieser Unterschied zwischen den unehelichen und den ehelichen Kindern. Da aber jedes zehnte Kind unehelich ist, so beweist das, wie sehr die Volkswirtschaft heute unter dem Kapitalismus zu leiden hat.

Heimarbeit. Eine Frau arbeitet, wie man uns mitteilt, für die Firma Citner, Eisenstraße 91, 2 1/2 Dugend Puppenkleider und fünf Dugend Hüchen. Beim Abliefern erhielt sie 8.48 Mk. (einschließlich 50 Proz. Teuerungszuschlag) für die Kleider und 6.45 Mk. für die Hüchen, im ganzen 14.93 Mk. Die Frau, eine sehr geschickte Schneiderin, hatte etwa 18 Stunden gearbeitet! Auf welchen Stundenlohn werden es da weniger gelübte Hände bringen?

Naturkundliches Heimatmuseum (Tröndlinring 1, Gewerbeausstellung). In der Ausstellung „Wanderbilder aus der Parthenaue“ sind die photographischen Aufnahmen aus-

Gammelt Wahlpulver für die Landtagswahlen







der R.-St.-G. und 43 der L.-G.-O. sind durch die Verordnung vom 1918 mit aufgehoben. Eine Reihe von Gemeinden haben die Frage der Gemeindegewählten inwieweit durch Ortsregeln geregelt, was sich empfiehlt. Auf dem Verordnungswege könne nichts bestimmt werden. Es sei aber zu erwägen, ob die Frage nicht bei der Neuordnung der Gemeindegesetzgebung mit geregelt werden solle.

Das Gesetz über die Änderung des Feuerbestattungsgesetzes wurde nach den Vorschlägen des Rechtsausschusses angenommen. Bemerkenswert ist, daß die Ausschlußminderheit noch im letzten Augenblick versuchte, das von der Mehrheit in die Vorlage eingearbeitete Verfügungsrecht der Angehörigen über die Aschenreste wieder zu beseitigen, und daß der sozialdemokratische Minister des Innern, Herr Kühn, diese Absicht, wenn auch erfolglos, gegen den Widerspruch seiner eigenen Fraktion unterstützte. Das Gesetz wurde nach den Vorschlägen der Ausschlußminderheit angenommen.

Ohne Debatte wurde der durch die Geldentwertung bedingten Erhöhung der Gebühren für Tierärzte und der Erhöhung der von den staatlichen Behörden, Dienststellen und Einzelbeamten zu erhebenden Schreibgebühren zugestimmt.

Genehmigt wurde ferner die Vermehrung der Landgendarmarie um 400 Mann, nachdem Minister Kühn, veranlaßt durch die Vorbehalte unserer Fraktion, noch einmal erklärt hatte, daß eine Vergrößerung ergangen sei, wonach die Gendarmen zu keinerlei politischer Tätigkeit oder Schlichterei verwendet werden dürfe.

Zu einigen längeren Vorträgen der Abgeordneten Günther-Blauen (Demokr.) und Dr. Wagner (deutsch.) gaben zwei Anträge Anlaß, die einmal von der Regierung Mittel forderten, um den durch die Holzbanden geschädigten „notleidenden“ Willenbesitzern in Falkenstein zu helfen, zum andern die Vorlegung eines Tumultschädengesetzes forderten. Die Reden enthielten nichts als einige abgedroschene Agitationsphrasen und Vorwürfe gegen die Regierung, die nicht energisch genug gegen die Holzbanden vorgegangen sei. Die Kammer beschloß, entsprechend dem Vorschlage des Ausschusses, die Anträge durch die Ausfertigung der Regierung (womach bereits 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt sind) für erledigt zu erklären und die zu der Frage der Tumultschädigenverpflichtung eingegangenen Eingaben der Regierung zu den auf Abänderung des Reichstumultschädengesetzes vom 12. Mai 1920 gerichteten Bestrebungen als Material zu überweisen.

### Gegen die D. geich in Sachsen.

Aber die Schritte, die die sächsische Regierung gegen die Putschvorbereitungen der D. geich in Sachsen eingeleitet hat, wird folgendes berichtet:

Dresden, 28. Oktober. (L.-M.) Der Chef der Landespolizei hat in einer Besprechung mit dem Minister des Innern erklärt, daß er gewisse Vorbereitungen, wie sie den behördlichen Beamten der Landespolizei in der Chemnitz Volksstimmung vorgeworfen werden, energisch bekämpfen werde. Die beiden Beamten, Hauptmann Conrad und Leutnant Scholle, sind sofort zur Verhaftung des Ministers des Innern ihrer Stellung entbunden worden. Die weitere Untersuchung ist eingeleitet. Das Ergebnis wird durch die Presse bekanntgegeben werden. Daß diese Untersuchung unparteiisch erfolgt, ist dadurch gewährleistet, daß mit ihr ein Beamter des Ministeriums des Innern und ein der sozialdemokratischen Partei angehörender Kommissar der Landespolizei betraut worden sind. Wie sich die Organisation der Chemnitz Volksstimmung verhält, ist nicht bekannt, so ist das nach glaubwürdigen Unterlagen auch im Dresdener Bezirk geschehen. Falls wirklich politische Kontakte die Geheimorganisationen zu phantastischen Umtrieben führen gedrahten sollten, würde die Ausführung dieses ausfallsolchen Unternehmens ebenso wie etwaige Einkaufe an den von der Regierung getroffenen Gegenmaßnahmen ohne weiteres zusammenbrechen. Die unabhängige Dresdener Volkszeitung teilt in ihrer gestrigen Abendausgabe mit, daß sie ebenfalls im Besitz von Material sei, wonach die Organisation der Chemnitz Volksstimmung in Dresden eine geheime Sitzung abgehalten habe. Die Organisation ist aber sehr vorläufig in Dresden, so daß die Unabhängigen noch nicht in der Besitz weiterer Materials gekommen seien.

Wir können hinzufügen, daß über die Pläne der D. geich auch uns Material vorliegt. Nach erfolgter Prüfung werden wir davon Mitteilung machen.

### Eine Erklärung der Landespolizeidirektion.

Zu den Enthaltungen der Chemnitz Volksstimmung über Putschpläne der D. geich in Sachsen, nahm die Beamtenschaft der sächsischen Landespolizei, Abteilung Chemnitz, in einer Entschließung Stellung, in der sie die Behauptung, die von zwei Offizieren der Landespolizei gemacht worden sind, daß drei Fünftel der Beamtenschaft auf dem Boden der D. geich ständen, zurückweist und ihre Treue betont. Auch der Bürgerbund Chemnitz vermahnt sich gegen die von der Volksstimmung erhobenen Vorwürfe. Natürlich!

### Berichtsbücherei von Kartoffeln!

In den Großstädten sind fast keine Kartoffeln zu haben. Die Agrarier behaupten, das läge daran, daß sie jetzt alle Hände voll zu tun hätten, um die Felder zu bestellen. Die Regierungen versichern, es sei alles gegeben, um zu verhindern, daß Kartoffeln zu anderen Zwecken als zur menschlichen Ernährung verwendet oder ins Ausland verschoben würden. Doch unsere patriotischen Agrarier und die nicht minder „kauterhaltenen“ Großhändler wollen sich zu helfen.

Nachdem die Ausfuhr von Kartoffeln allgemein verboten ist, versuchen sie jetzt mit der Bezeichnung „Sattkartoffeln“ dieselben ins Ausland zu bringen. Die Sattkartoffeln sind aber alle größer als 1/2 Zoll, also nachgewiesene Speisekartoffeln. So laufen jetzt täglich Massen von Wagen von den Rittergütern über Schleifens über Sagan-Kohlfurt-Schlauroth nach Bodenbach für die Tschedow-Slowakei.

Wer ist der Schuldige für solche Ausfuhrbewilligungen?

### Ein neuer Abgeordneter.

An Stelle des ausgeschiedenen Unabhängigen Abgeordneten Dreßel ist für die letzten drei Tage noch Genosse Hugo Sachse als Nachfolger einberufen worden.

### Der zweite Holzprozeß.

Vor dem Dresdener Schwurgericht begann am Mittwoch der zweite Holzprozeß. Angeklagt sind 13 Personen wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs in Falkenstein i. B. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

### Ortsverein Zwenkau.

Wir machen alle Mitglieder des Ortsvereins Zwenkau, die auf dem Boden der Resolution Crispin-Ledebour stehen, aufmerksam, daß sie nichts mit der für Freitag, den 29. Oktober, abends 1/2 Uhr, im Gasthof Stadt Leipzig, einberufenen Mitgliederversammlung (Neu-Kommunisten, Richtung Däumig-Stöcker) einberufen Paul Franke, zu tun haben.

Unsere Mitgliederversammlung findet Donnerstag, den 4. November, abends 1/2 Uhr, im Gasthof goldener Adler statt, worauf wir vorläufig hinweisen wollen.

Unsere Funktionäre sind angewiesen Mitgliedererklärungen für Crispin-Ledebour auszuhandigen, welche als Ausweise mit eigenhändiger Namensunterschrift des Mitgliedes aus das Mitgliedsbuch gefügt werden. Die Unterzeichner müssen mit einer vom Vorsitzenden des Ortsvereins Groß-Leipzig auf den Namen Joh. Scheib lautenden Legitimationskarte versehen sein. Unsere Bibliothek ist für Ausgabe der Bücher bis auf weiteres geschlossen, entliehene Bücher müssen unverzüglich abgegeben werden, in den üblichen Geschäftsstunden, Sonntag von 11-12 Uhr. Der Vorstand, J. A. Albert Görner.

Für die Neukommunisten ist es bezeichnend, daß sie ihre Mitglieder versammeln in der Zwenkauer Zeitung antrüben. Sie befinden sich da in guter Gesellschaft, denn auch der Sachliche Ortsverein Kameradschaft hat dieses Organ zu dem seinen erkoren. Damit ist schon rein äußerlich symbolisiert, daß beide Bewegungen denselben Mutterboden entwachsen sind.

### Bezirksverband Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 29. und 30. Oktober, kommen 152 Gramm ausländisches Schweinefleisch — für Kinder 60 Gramm zur Verteilung. Der Preis beträgt für 125 Gramm 2.98 Mk. und für 60 Gramm 1.43 Mk.

1. Anstalt. Gemeinderatsitzung. Zum Gemeindevorstand wurde Herr Siegmund und als Stellvertreter Herr Düntz gewählt. Für drei größere Gutsgüter werden Wägen beschafft. Die Konzeptionsgesuche der Gutsbesitzer Diebing und Böhr um Zulassung zur Schlächtereier wurden befürwortend weitergeleitet. Ein größerer Weizen-Ernterand soll gemäß Angebot zum Preise von 12 Mk. pro Kubikmeter verkauft werden. Durch Nachtrag zum Ortsgesetz wird die Zahlung der Kirchenbeiträge derart geregelt, daß Disidenten hieron befreit bleiben. Der Antrag einer Feuerprobe wurde zum ermäßigten Preise von 1000 Mk. beschlossen. Eine Kommission war es gelungen, von der Firma Störz 2500 Mk. Preisnachlaß zu erwirken. Mit Rücksicht auf hohe elektrische Stromkosten der Kläranlage wurde beschlossen, alljährlich eine Schulentreise, analog der bereits erfolgten, abzuhalten. Ein Antrag, welcher die Errichtung eines neuen Friedhofs westlich der Bahn, am Rehbacher Wege, vorschlägt, entspricht jahrelangen Wünschen der Gemeinde und wurde befürwortend weitergeleitet. Für den ausgedehnten Gemeindevorstand sind aus Sachsen und verschiedenen Gegenden Deutschlands circa 150 Bewerbungen eingegangen. Die Weidestr. ist am 10. Oktober abgelaufen. Eine Entscheidung wird in Kürze erfolgen. Für die Zeit bis 31. März 1921 wurde der Haushaltplan wie folgt angenommen: Bedarf 68 000 Mk.; nach Abzug vorhandener Deckungsmittel verbleibt ein Fehlbetrag von 28 000 Mk., welcher durch Grundsteuer nach 80 Pfg. pro Einheit zu decken ist. Dieser Berechnung ist die Annahme zugrunde gelegt, daß die Verschmelzung mit dem Rittergute am 1. Oktober 1920 in Kraft tritt.

2. Volksh. Volksbücherei. Aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß neben der körperlichen Erziehung der Jugend, wo für aus Rücklagen in nächster Zukunft ein Sportplatz geschaffen wurde, ebenso wichtig die Pflege der geistigen Bedürfnisse ist, wenn unter zerrütteter Volksgesamtheit von Grund auf und aus sich heraus wieder gefunden soll, wurde hier auch nach dem Muster der im Volksbüchereiwesen führenden Bücherhalle der Stadt Leipzig eine Lesehalle errichtet, die am Sonntag durch Gemeindevorstand Colbich der Öffentlichkeit übergeben wurde. Sie wurde mit einem Aufwand von 30 000 Mk. (für Umbau der alten Volksh., Ausstattung der drei Bücherräume und einem Anfangsbestand von 1500 Bänden) ausgestattet, wird noch durch etwa 100 Bände der alten Volksbibliothek ergänzt und kann aus einem Reservefonds auch noch in erfreulichem Maße nach den Wünschen der Leser erweitert werden. Wenn die in Aussicht stehende Unterstützung der Stadt Leipzig für Ausgestaltung und Unterhaltung der Bücherei den neuzeitlichen Erfordernissen entspricht, soll die Leukhiser Bücherei auch den Einwohnern Leipzigs in den westlichen Vororten zugänglich gemacht werden. Darum hatte die Stadt Leipzig auch in Stadtrat Lampe einen Vertreter mit Gruß und Glückwunsch für die neue Volksbücherei anstalt geschickt. Nachdem dann der Vorsitzende des Bücherkreises, Schulrat Dr. Müller, einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des in jeder Beziehung wohlgeordneten Werkes gegeben hatte, führte der Leiter der städtischen Bücherei, Walter Hofmann, die aus der Leukhiser Einwohnerschaft zahlreich erschienenen Freunde der neuen Bücherei in ihren Zweck im Rahmen der alle Kreise beherrschenden Volksbildungsbewegung und in die Einrichtung der Lesehalle ein. Hieran schloß sich ein Rundgang der Festveranstaltungen durch die zweckentsprechend und anheimelnd ausgestatteten Räume. Die Bücherhalle soll vorläufig jeden Montag, Mittwoch und Freitag, von 4-7 Uhr, geöffnet sein.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Falsche Gewerkschaftspolitik.

Ueberall steigt die Not. Das Proletariat leidet unter dem Mangel an Nahrung, Kleidung, Heizung und Wohnung. Schwer lastet der Jammer auf breiten Schichten des Volkes. Geradezu furchtbar aber wirkt die jahrelange Unterernährung auf hundertaufende Kinder. Tuberkulose und Stüpfungssterblichkeit steigen in erschreckendem Maße. Die Regierungen stehen dieser Not ohnmächtig gegenüber, weil sie nicht den Willen haben, die Klasse der Besthenden energisch anzupacken. Das Zeug schlemmt und prahlt feilsch unbefehert und sicher vor staatlichen Zugriff munter fort, unbekümmert darum, ob Zehntausende Proletarier in das Grab stecken.

Gegen diese ausfrierenden Zustände weiß nun der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nichts Besseres zu tun, als eine große Bettelaktion für die Kinder der Armut zu unterstützen. Deutsche Kinderhilfe nennt sich bombastisch die Sache, hinter der die Regierung steckt. Aus allen möglichen Kreisen sind die Wohlthätigkeits-Sportgenossen und Wohlthätigkeitsdamen zusammengelassen, um dem armen Volke wieder einmal die große Güte des bürgerlichen Edeolvokes vor Augen zu führen. Sammlungen sollen in den nächsten Wochen veranstaltet werden, der Altpfennigbeutel wird wieder auf den Straßen umgehen. Wer einen Groschen gibt, kriegt ein Danke, wer einen Taler gibt, eine Auszeichnung ins Anoploch. Um diese Bettelaktion zu unterstützen, ruft jetzt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf —

„Reich, Staat und Gemeinde sind zurzeit allein außerstande, diesem Notstand zu wehren, deshalb muß die freie Liebestätigkeit einsetzen, um dem Schlimmsten vorzubeugen.“

So heißt es in dem Aufruf. Und es ergeht „an unsre Gewerkschaftsmitglieder in Stadt und Land, besonders aber an alle Ortsauschüsse“, das „Ersuchen, die in den nächsten Wochen ersolenden Sammlungen der „Deutschen Kinderhilfe“ nach 6 Pfennigkräften zu unterstützen. Die Not ist groß und nur ein Zusammenwirken aller gibt die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe.“

Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und bietet Gewähr einer sachgemäßen Verwendung. Wir erwarten, daß die Solidartät unsrer Gewerkschaftsmitglieder zur Rettung unsrer notleidenden Kinder nicht vergeblich anrufen wird.“

Anders Erachtens liegt die Aufgabe der freien Gewerkschaften auf einem andern Gebiet. Nicht zur Unterstützung von Bettelaktionen sind sie da, gleichviel, von wem diese Aktionen ausgehen, sondern zur Unterstützung von Kampfaktionen. Nicht der Bettelakt kann die Not der Kinder des Proletariats beheben oder auch nur sichtbar lindern, sondern einzig und allein die energische ökonomische und politische Aktion der gesamten Arbeiter- und Angehörtenenschaft.

Indem der Vorstand des A. D. G. B. solche Bettelfahrten unterstützt, färbt er lediglich die Position der Arrangure, die den mit ein paar Groschen, ein paar Suppen oder einer alten Strick, jede Bekleidungs als hilfsvolle Wesen erscheinen, während sie in Wirklichkeit die Schuldigen an dem trostlosen Elend der Arbeiterklasse sind. Durch deren Unterstützung erschwert der Vorstand des A. D. G. B. nicht nur die politische Aktion der Arbeiterenschaft, sondern auch die ökonomischen Kämpfe der Gewerkschaften: die Arbeiter werden von den Unternehmern auf die Wohlthätigkeit verwiesen.

Die Gewerkschaften sollten dem Bundesvorstand unmißverständlich zu verstehen geben, keine Bettelaktionen zu unterstützen und alle Kräfte einzusetzen für die geschlossene Aktion des

Gesamtproletariats zur Beseitigung einer Gesellschaftsordnung, die allen die Schuld an den furchtbaren Zuständen trägt, unter denen wir leben.

### Zur Schließung der Eisenbahnhauptwerkstatt Schneidemühl.

Wir teilten am Sonnabend die Meldung der Tel.-Union mit, wonach die Eisenbahnhauptwerkstatt Schneidemühl von der Eisenbahnverwaltung geschlossen und die gesamte Belegschaft fristlos gekündigt worden ist. Als Grund dieser Maßregel wurde angegeben, daß der Amisvorstand von einigen Arbeitern tätlich angegriffen und an der Ausübung seiner Dienstpflicht verhindert worden war. Wir wußten an diese Meldung die Bemerkung, daß es sich offenbar um einen Streich der hohen Bureaukratie handele, die unbeeinträchtigt Arbeiter loswerden möchte.

Der Werkstättenhaupteinheitsrat im Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Preußen, übersendet nun der Freiheit eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts, die vollumfänglich bestätigt, daß den maßgebenden leitenden Beamten jedes Verständnis zur Lösung von Konflikten gefehlt hat. Darüber hinaus ist aber auch aus der Zuschrift zu ersehen, daß die einigem Tatgefühl des betreffenden Amisvorstandes der Eisenbahnhauptwerkstatt Schneidemühl, Inspektor Handemann, es überhaupt nicht zu einem Konflikt gekommen wäre.

Das Reichsverkehrsministerium hatte eine Verfügung erlassen, in der das Rauchverbot in den Eisenbahnbetriebswerkstätten ausgesprochen wurde. Von dieser Verfügung erhielt weder der Werkstättenhaupteinheitsrat noch der Werkstättenbezirksbeiratsrat Oster Kenntnis. Am 10. 10. ließ Inspektor Handemann einen Auszug zum Anschlag bringen, in dem kategorisch das Rauchen in den Werkstätten verboten wurde. Der örtliche Betriebsrat verlangte nimmere die Vorlage der Verfügung des Reichsverkehrsministeriums, jedoch wurde dieser berechtigten Wunsch von Herrn Handemann abgelehnt. Auf Klage bei dem Werkstättenhaupteinheitsrat wurde dem örtlichen Betriebsrat mitgeteilt, daß auch dort von einer solchen Verfügung nichts bekannt sei. Daraufhin empfahl der Betriebsrat der Belegschaft, den Anschlag des Amisvorstandes unbeachtet zu lassen. Erst jetzt bequeme sich der Inspektor Handemann, dem Betriebsrat von der Verfügung des Reichsverkehrsministeriums Kenntnis zu geben. Der Betriebsrat gab diese Tatsache der Belegschaft bekannt, wodurch naturgemäß die Arbeiterenschaft verwirrt wurde. Die Belegschaft trat sofort zu einer Betriebsversammlung zusammen, in der verlangt wurde, daß Inspektor Handemann der Belegschaft seinen Standpunkt klar machen solle. Nach dem Erscheinen des Herrn Handemann versuchten einige unerantwortliche Personen zu randalisieren, jedoch wurde Inspektor Handemann nicht ein Haar gekümmert, wie es bei einer Aussprache im Ministerium vom Werkstättenhaupteinheitsrat ausdrücklich festgelegt werden konnte, da der Inspektor von dem Betriebsrat gekündigt wurde.

Nach Klarstellung dieses Sachverhalts ist es Pflicht der maßgebenden Behörde, die ergangene fristlose Entlassung rückgängig zu machen. Wenn es ein Beamter infolge persönlicher Unfähigkeit zu Konflikten mit der Belegschaft kommen läßt, bei denen sich einige Mitglieder zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, dann darf auf keinen Fall die gesamte Belegschaft entlassen und ein lebensnotwendiger Betrieb geschlossen werden.

Ueber den Stand der Angelegenheit wird der Freiheit weiter berichtet: In der Angelegenheit betreffend Schließung der Schneidemühl Eisenbahnhauptwerkstatt ist keine Änderung eingetreten. Die Organisationssekretäre hatten am 25. Oktober der Zweigstelle Preußen-Hessen den Vorschlag gemacht, eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Ministeriums, des Hauptbetriebsrats und der Organisationsrat, nach Schneidemühl zu entsenden, um die Vorgänge an Ort und Stelle zu untersuchen. Zu einer Aussprache mit dem Staatssekretär Bodenstein ist es noch nicht gekommen, weil angeblich Feststellungen, welche die Zweigstelle Preußen-Hessen machen läßt, noch nicht abgeschlossen sind. Man will anheimelnd keine einwandfreie Untersuchung und verschleppt die Angelegenheit. Inzwischen wird die notwendige Produktion unterbunden auf Kosten der Steuerzahler; denn die Herren im Ministerium leiden keinen finanziellen Schaden dabei, den hat die Allgemeinheit zu tragen. Eine solche Handlungsweise ist unverantwortlich und verdient das stärkste Interesse der Öffentlichkeit, die wieder einmal mit Stillschweigen über diese Dinge hinweggeht und sich beschränkt auf Verkündungen der Arbeiterenschaft.

### Endgültige Regelung im Berliner Zeitungsgewerbe.

Ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetztes Schiedsgericht hatte darüber zu entscheiden, ob den im Zeitungsgewerbe entlassenen Arbeitern der Lohn voll zu zahlen sei. Es wurde, wie W. T. B. berichtet, vom Referenten Dr. Prabh als Vorbedingung gestellt, bestand aus Universitätsprofessor Dr. Raafel und Schriftsteller Dr. Wothoff als unparteilichen Beisitzern und aus je zwei Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. In einem Streit, so lautet der Schiedsspruch, liegt in der tatsächlichen Verweigerung der indirekten Streikarbeit eine Arbeitsverweigerung, die zu fristloser Entlassung berechtigt. Die bloße Erklärung aber, daß ein Arbeiter indirekte Streikarbeit nicht leisten werde, berechtigt zur Entlassung nicht. In dem vorliegenden Falle werden die Unternehmer trotzdem zu voller Bezahlung der Streikarbeit verpflichtet, weil sie den vom Buchdrucker tarif vorgeschriebenen Schlichtungswege nicht erschöpft hatten, ehe sie Entlassungen vornahmen.

Der Streit auf der Blomardhütte (Oberkassell) ist beigelegt. Die Arbeit ist am Mittwoch wieder aufgenommen.

Die Kanalkrümer des Rhein-Neckar-Kanals und des Dortmund-Ems-Kanals sind am Mittwoch in den Ausstand getreten.

Ungeklärter Bergarbeiterstreik in Südbankreich. Wie Paris aus Marseille meldet, haben die Delegierten der Bergarbeitergemeinschaften der dortigen Gegend beschlossen, am 3. November in den Streik zu treten, wenn bis zum 2. November die Erhöhung des Tagelohns nicht bewilligt ist.

## Aus der Partei.

### Kreisverein Grimma-Burgen-Osch.

Die am vergangenen Sonntag abgehaltene, sehr stark besuchte Kreis-Generalversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin festgestellt wird, daß die Genossen treu zur U.S.P.-Richtung Crispin-Ledebour stehen. Abspaltung haben fast nicht stattgefunden.

### Ständig.

Am Mittwochabend fand eine Mitgliederversammlung der U.S.P. statt. Als Ergebnis der vorgenommenen Hausauflösung konnte folgendes bekanntgegeben werden: Von rund 1000 Mitgliedern sind nur 140 zu den Neu-Kommunisten abgewandert. Die übrigen 860 Genossinnen und Genossen bleiben der U.S.P. (Crispin-Ledebour) treu und haben dies durch Namensunterschrift erklärt.

Weiter wurde ein Schreiben des neukommunistischen Kreisvorstandes in Merseburg verlesen. Dieser verlangt Auslieferung der Kasse und aller sonstigen Werte innerhalb 48 Stunden. Mit Entschiedenheit wurde dieses Verlangen einstimmig abgelehnt. Die Schenklichen Genossen haben eben erst befunden, daß sie in ihrer erduldeten Meiseheit treu zur U.S.P. stehen. Sie haben deshalb keinen Grund, das, was sie sauer großherzigweise zusammengesparrt haben, den Neu-Kommunisten auszuliefern.

Die Versammlung war von hoher Kampfesstimmung getragen. Die Einmütigkeit und Geschlossenheit unserer Organisation ist gewahrt, damit ist die Gewähr für weiteres Vorwärtsschreiten der sozialistischen Bewegung gegeben. Auch im Merseburger-Querfurter Kreis geht es also vorwärts. Wie lange noch, und der Bezirk Halle gehört wieder zum festen Bestand der U.S.P.



Zöllinger und seine Zucht.

Von Konrad Voeltz.

30) Zeichnungen von Hans Albert Förster.
„Wer da?“ riefen die Wachen und waffneten sich mit großen Steinen.

„Ich bin's,“ kam eine zitternde Stimme aus dem Wagen, „ich, euer alter Freund und Gönner Knobbe.“

Da verwunderten sich die Züchtlinge auf dem Wall und führten den Wertherrn Knobbe vor Zöllinger.

Diese Fahrt hatte Knobbe durchaus nicht aus freien Stücken unternommen. Man hatte ihm trotz seiner Heldentat als Spritzenmeister zum zweitenmal den Prozeß gemacht. Als die Oberdeutschen über den Umfang und die Gefahr des Züchtlingens ausstandes ins Klare gekommen waren, suchten sie nach einem Schuldigen. Die Familien der erschlagenen Reichsverweiger Krappe und Januschak befanden sich auf ihren allen Verdacht und überführten sich in Anklagen gegen Knobbe. Sie schrien laut, er habe die Züchtlinge aufgewiegelt, um sich mit ihrer Hilfe der Alleinherrschaft zu bemächtigen und das Reich zu verderben. Die Beschuldigung war, wenigstens in ihrem ersten Teile, geradezu absurd, aber man wollte ein Opfer haben, und selbst Götzenteufel wandte sich von Knobbe ab.

Da es nicht gelang, Knobbe zu überführen oder zu einem Geständnis zu bringen, und da es überhaupt gegen die Grundzüge des oberdeutschen Rechts war, einen Mann von so hoher Stellung öffentlich zu bestrafen, überließ man die Entscheidung einer höheren Macht und schickte Knobbe zu den Züchtlingen. Er sollte dort Spionendienste verrichten.

„Wenn Sie, Herr Oberdeutsch-Knobbe,“ so sagte der Kaiser, der in diesem schwierigen Prozesse selbst das Urteil sprach, „wirklich gemeinschaftliche Sache mit diesen Schweinen gemacht haben sollten, was wir freilich nicht glauben möchten, so stellt es gleichwohl Unsere Großmut Ihnen anheim, selbst dort den Oberbefehl zu übernehmen. Wenn Sie aber unschuldig sind, wie wir hoffen, so werden Sie mit verdienstlicher Rundschaft zu uns zurückkehren. Wir wünschen Ihnen von ganzem Herzen zu Ihrem ehrenvollen Auftrag Glück und Segen.“

Die Oberdeutschen waren mit dem kaiserlichen Richter-spruch zufrieden. Auf jeden Fall schien Knobbe verloren. War er unschuldig, so würden die Züchtlinge ihn sicherlich zerreißen; war er schuldig, nun, die Gasanonen standen schon bereit. Dann würde er eben mit den Aufstrebenden zusammen sterben.

Knobbe gab sein Spiel noch nicht auf; er hoffte die Züchtlinge durch falsche Versprechungen zu überlisteln und sich den Rückweg zu erschaffen. Immerhin stand er jetzt knickermaßen befangen vor Zöllinger.

„Sie leben noch, Herr Geheimrätling? Welches Glück für Sie! Das geht mich in Erstaunen.“

„Sie wünschen, Herr Knobbe?“ fragte Zöllinger kühl, aber gleichfalls verwundert.

„Ich bringe Ihnen die Vorschläge der Oberdeutschen.“

„Sie wollen sagen, Sie erlauben sich untertänigst, unser Ohr mit den lügenhaften Redensarten widerlicher Menschen schinder zu beleidigen. Sprechen Sie mir das nach!“

Knobbe sprach es nach, aber er hätte sich dabei die Zunge abbeißen mögen.

„Sprechen Sie laut und deutlich, Knobbe. Was wollen Sie also?“

„Die Oberdeutschen lassen Ihnen durch mich mitteilen.“

„Bitte sehr; das verlassene Lumpenpad der sogenannten Oberdeutschen erstreckt sich, durch mein stinkendes Haifisch-maul usw. Bedienen Sie sich der gebräuchlichen Höflichkeits-formen.“

In dieser Weise verbesserte Zöllinger Knobbes Worte. Er konnte sich diesen kleinen Triumph nicht versagen. Knobbe schmeigte vor Wut, sein oberdeutscher Stolz lockte vor Empörung über diese Schmach; schließlich stand aber das Leben höher als der Stolz, und so sprach er gehorsam, wie es Zöllinger wünschte.

Die Züchtlinge sollten entweder freien Abzug ins Aus-land zugestanden bekommen, oder es sollte ihnen nach ihrer Wahl ein angemessenes Gebiet als unangefochtener Wohnsitz zugewiesen werden. Sie sollten sich nur schnell entscheiden.

Die Züchtlinge lauschten mit offenem Munde. In ihrer Harmlosigkeit nahmen sie seine Lügen für bare Münze.

„Glaubt ihm nicht,“ warnte Zöllinger misstrauisch. Sie wollten sich aber nicht belehren lassen.

„Warum sollen wir ihm nicht glauben? Er sagt es doch!“

Da stieß sich Stephanie plötzlich durch den Haufen, und wie ein Mutterhuhn auf einen Habicht, so stürzte sie sich auf den verblüfften Knobbe.

„Der ist schuld am Tode meiner Schwestern! Ibal Thella! Schaut her, wie ich ihm den Bart zer-trage!“

Sie schrie gellend, biß und kratzte, und hing wie eine große Spinne in Knobbes schönem Barte.

Gericht, wie sie nun einmal waren, ließen die Züchtlinge Stephanie gewähren. Aber Knobbe war ein kräftiger Mann; er erholte sich schnell von seinem Schreck, packte Stephanie an ihren dünnen Armen fest und hielt sie von sich weg. Als sie ihm, weiter schreiend, ins Gesicht spie, schleuderte er sie zu Boden. Die Züchtlinge murrten und hielten Stephanie auf die Füße. Aber sie verzweifelte sich nicht an Knobbe; es wäre ihnen schmachvoll erschienen, sich an einem Gefandten zu vergreifen.

Stephanie tobte, Zöllinger verfluchte, sie zu beruhigen die Züchtlinge würden gegen eine Wiederholung des Zwei-kampfs nichts einzuwenden gehabt haben. Hera hörte Stephanies freischwebende Stimme, lief eilends herbei und hielt Stephanie, die eben wieder auf Knobbe einspringen wollte, am Rode zurück. Nicht etwa aus Liebe zu Knobbe, sondern aus Sorge um den Ausgang des ungleichen Kampfes. Auf

Knobbe deutend, vereinigte sie Schimpfreden mit Stephanies Geschrei.

„Da steht der schwarzweißrote Hund, der euch zur Fabrik-ware gemacht hat! Das ist er, der euch wie Vieh verkauft hat. Er war's, der euch verblödet und unfruchtbar hat machen lassen. Schlagt ihm die Knochen entzwei.“

„Das scheint wirklich ein böser Mann zu sein,“ sagten die Züchtlinge und nahmen eine drohende Haltung an. Aber einer von den Klügsten trat vor und äußerte sich dahin, sie wollten Knobbe festhalten und von Stephanie verprügeln lassen. Dann wollten sie ihn zu den Oberdeutschen zurück-schicken, und er sollte den Oberdeutschen sagen, sie, die Zücht-linge, wünschten nichts Besseres, als hier auf den Knobbe-werfen in Ruhe gelassen zu werden. Dann würde man ja erfahren, ob Knobbe die Wahrheit gesprochen habe.

Dieser Vorschlag gefiel allen, und man handelte dem-gemäß. Als aber Knobbe merkte, daß es ihm nicht ans Leben ging, nahm er sofort seine gewohnten Manieren wieder an.

„Ihr Steißköpfe! Ihr Miststüde! Und du, alter Ober-gauner Zöllinger, das soll euch noch gereuen!“ brüllte er unter Stephanies Schlägen. Aber die Züchtlinge erheiterten sich über seine Wut, und Stephanie schlug weiter.

Zöllinger betrachtete unterdessen den Himmel und sah viele Flugzeuge aus dem Horizont auftauchen.

„Schnell! Werft euch hin! Laßt den Kerl laufen!“ rief er plötzlich. Er hörte ein Säusen, das ihm noch aus seiner Jugend bekannt war.

Die Oberdeutschen hatten nicht gewartet, ob Knobbe zurückkäme. Sie waren mit ihrer Rüstung fertig und er-offneten ohne Verzug das Feuer.

Krach! Krach! Bomben schlugen ein, zerfetzte Glieder flogen umher. Krach! Mitten im Haufen um Knobbe und Stephanie platzte die Bombe, tödlich für viele. Züchtlinge starben in Menge, Knobbe starb, Stephanie wurde vom Luftdruck wie ein Kleiderwisch an die Wand geschleudert und brach das Genick. Zöllinger und Hera blieben wunderbarer-weise unverletzt.

(Fortsetzung folgt.)

Halblingsmoral.

Der Roman Zöllinger und seine Zucht, dessen Abdruck wir am Sonnabend beenden und der nächste Woche als Buch erscheint, läuft jetzt auch in andern sozialistischen Blättern, so zum Beispiel in dem rechts-sozialistischen „Volk“ (Zena), das deshalb von rati-onärer Seite heftig angegriffen wird. Aus diesem Anlaß schreibt P. G. im „Volk“:

Die Moral unserer Nebenbenedicten ist wieder in äußerster Gefahr. Gelehrte Herren wachen mit den Verleiden, daß der Stand herumwirbelt, die Tugendwächter von Beruf schreien Fetermordis und der aufgeschwemmte reaktionäre Geist stürzt wie ein wilder Stier auf den armen „Zöllinger und seine Zucht“. Seit Cervantes, Rabelais und Swifts Zeiten sind wohl nicht wieder gewisse Geistesrichtungen und Gesellschaftszustände so schonungslos gebrandmarkt worden, als es in diesem Roman geschieht. Die groteske Form, in der die Wahrheiten über das Wesen der gegenwärtigen deutschen Reaktion hier verbreitet, die Art, wie ihre „heiligsten“ Gefühle schonungslos entblüht werden hat die Hüter alldeser Gefinnung auf den Plan gerufen und ihre Entrüstung entfacht. Diese äußert sich zunächst darin, daß eine Anzahl Zuschriften auf unsern Redaktionstisch flattern, in denen mehr oder weniger drastisch Empörung lobert. Selbst die berühmte Frau aus dem Volke fehlt nicht, deren schöngeistigere Professorenspitze uns den Standpunkt klar macht. Aus allen Schreibern spricht derselbe Geist. Der Geist, der die Ausführung von Dantons Tod verpönte, „da auch anständige Frau n und Töchter das Theater besuchten“, der Geist, dem jedes Be-ständnis für eine Kulturbewegung abgeht da ihre Gründung und Förderung in den Händen organisierter Arbeiter liegt, der Geist seiner Halblinge, die es als ihre Aufgabe betrachten, die Risse und Sprünge in dem zusammenbrechenden Gebäude des kap-talistischen Klassenstaates mit ihrem Gehirnshmal zu verfeinern. Keiner dieser Leute schämt sich, Kindern Kriegs- und Greuel-geschichten, in denen der Mord gepriesen, die Rache geächtet wird, in die Hand zu drücken. Die jede Gelegenheit benutzen, die alte Staatsgewalt zu verherrlichen, und inbrünstig die Zeit ihrer Wiederkehr ersehnen. Ein Herr hütet seine Kinder sorgfältig vor dem Anblick des „Zöllinger“. Für Kinder ist allerdings der Roman nicht geschrieben, wohl aber ist er geeignet, reaktionäre Kindköpfe in Aufregung zu versetzen. Daß gerade untre Zeit diese hervorragende Satire gebar, ist nur der beste Beweis, daß die Umwälzung in der Gegenwart auch auf geistigem Gebiete befruchtend und schöpferisch wirkt.

Ich habe bereits angedeutet, was der Roman will. Die Form der Darstellung, die Ausdrucksweise zwingen den Leser zum Nach-denken. Kennen wir nicht die Ausdrücke, den Umgangston schon aus dem Schützengraben, von den Ausbildungsplätzen? Waren es nicht die Formen, in denen sich die Offiziere mit den Mannschaften unterhielten? Wo blieb denn damals die Entrüstung untrer geistig und sittlich „Hochstehenden“? Wer weiter denn öffentlich gegen die Unmoral des „niedereren“ Volkes und empfind scham-jelnd unter Kreuzband die Verbrechen, „nur für Forscher und Lieb-haber bestimmt“? Es ist begreiflich, daß die im Solbe des Kap-itals stehende bürgerliche Wissenschaft vor ihrem eigenen Bilde schaudert, das ihr in „Zöllinger und seiner Zucht“ entgegensteht. Und begreiflich ist auch, daß ihr Dunkel überhäumt und, sich hinter dem Mantel der Sittlichkeit und Moral verdingend, auf den armen „Zöllinger“ lospaukt. Es ist dieselbe Moral, die im Mittelalter Reher verbrannte und im 18. Jahrhundert die Bücher der Aufklärung dem Scheiterhaufen überlieferte. Diese Moral der bürgerlichen Gesellschaft von heute, die vor jeder Wahrheit zittert und die es ihren geistigen Halblingen überläßt, alles Neuleimende zu vernichten. Wir als Arbeiter aber wollen den Roman werten. Er öffnet uns die Augen über das, was kommen kann, wenn die Reaktion in Deutschland je wieder zur Herrschaft käme. Die Spitze der Januschak, Knobbe und Götzenteufel steht auf der Lauer, während ihre Halblinge den Inhalt ihrer Verblö-dungssprüche durch die reaktionären und bürger-lichen Blätter dem Volke belzubringen versuchen. Und wehe der Arbeiterschaft die diese Machenschaften nicht erkennt die nicht belgellen die Giftstoffe aus ihrem Körper entfernt, sie sich fernhält und vernichtet. Wer aber den Feind vernichten will, muß ihn kennen, ihn in seiner ganzen Gefährlichkeit und Tücke vor Augen haben. Und letzten dürfte ihm ein klareres Bild werden, als durch aufmerksame Lektüre des „Zöllinger und seiner Zucht“. So schmerzlich die darin enthaltenen Wahrheiten für unsern Geldsack- und Bildungsspöbel sind, so unmoralisch dieser

die Redewendungen und Bilder auch finden mag, für jeden denkenden Menschen, der die Verhältnisse und ihre Entwicklung mit offenen Augen verfolgt, kann es nur ein Urteil geben: diese Satire ist eine stilkliche Notwendigkeit, sie mußte geschrieben werden, wenn wir nicht an der Kunst als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse verzweifeln wollten. Noch fehlen uns der große Roman, das Drama, die den Geist der Gegenwart voll-endet künstlerisch-gestaltet zum Ausdruck bringen. Mancher Ar-beiter, manche Arbeiterin mag gestutzt haben, als ihnen der Roman vor Augen kam. Aber, Genossin und Genosse! die erste Waffe die wir brauchen, ist Erkenntnis. Erkenntnis all dessen, was uns bisher unfähig machte, dem Neuen ohne weiteres zu folgen, ihm Bahn zu brechen in unserm eigenen Geiste. Vst aufmerksam „Zöllinger und seine Zucht“, der Roman ist mehr als bloße Unterhaltungsware, er ist eine Waffe in unserm Kampfe mit der bürgerlich-kapitalistischen Ideologie, eine Abwehr der Verblödingssprühen ihrer Halblinge.

Kleine Chronik.

Das II. volkstümliche Konzert der Gesellschaft der Musik-secunde war leider nichts weniger als ein volkstümliches Konzert. Die C-Dur-Sinfonie von Dittersdorf ist zwar sehr melodisch und eingänglich auch für das ungeschulte Ohr, doch vermag sie mit ihrer primitiven Freude am harmlosesten Musikieren keinen Men-schen unzer Zeit mehr zu erwärmen. Sie ist edelste Luxuskunst des Kokos und unserm Volke ihrem Wesen nach völlig fremd. Die russischen Lieder von Mussorgski mit ihrer Sentimentalität und gleichfalls keine Kost, die unserm Volke betörendlich ist. Und die finnische Dichtung „Auf Länga“ von Hausgager, die man zum erstenmal hörte, gehört zu der mit den größten natura-listischen Effekten arbeitenden Programmistik, die nur dem fein-schmerzlich verblödeten Ohre einer bedadenten Menschenschaf-Senaktion bietet, jeder inneren Wärme und jeden allgemein-men-schlichen Empfindens jedoch entbehrt. Heinrich Laber und seine bewährte Kapelle gaben sich alle Mühe, mit diesem verunglückten Programm einige Wirkung zu erzielen. Das muß anerkannt wer-den. Eva Jeselius-Vihman traf leider nur zu gut den fatalen Ton für die hart ans Rißhänge streifenden Linde. Man froh heilig — nicht nur, weil die Altherhalle ungeheizt war. Pz.

Arbeiter-Bildungsanstalt (Mies Theater): Die Auf-führung des Kaufmanns von Benedic kann sich abgeben von einigen Mängeln, sehen lassen. Es ist ein großer Apparat in Bewegung gesetzt worden, so daß die einzelnen Bilder durchaus wirkungsvoll sind. Leider kann Frau Otto-Morgenstern die Rolle der Porzia nicht mit dem Maß von Grazie und überlegener Klug-heit auskitten, das erforderlich ist. Sie bleibt leider steif und farblos. Ewald Schindler als Scholod sollte am Anfang nicht gar zu hart auftreten. Sonst ist seine Leistung rühmendwert. In manchen Stellen erreicht die Aufführung den Grad des Posen-shaften, was vermieden werden muß. Darauf ist wohl auch die Entlassung eines Teils des Publikums zurückzuführen, das sich über die Verhöhnung des Scholod vor Gericht amllerte, wo doch tiefe innere Bewegung und Entrüstung am Platze sein müßte. M.

Die Stimmbildungskurse des Männerchors Klein-schöcher haben wieder eingeleitet. Vorher dem jungen Nach-wuchs haben sich zahlreiche alte Kurstuteilnehmer einelunden; der beste Beweis dafür, wie wohl sich die Arbeiterlänger und gerade die erfahreneren, der Notwendigkeit bewußt sind, auf diesem Gebiete nie stillzustehen. Unter Professor Troits Leitung gestaltet sich der Kursus zu einer fröhlichen Wissenschaft. Seine Aufgabe — und gemäß seine leichte — ist es, die Stimmen zu lockern, aus dem Rachen hervorzuholen, damit die Tonbildung freier, voller erfolgen kann. Grundlage dazu ist die Veredelung der Aussprache, besonders der Konsonanten; ein Kapitel, mit dem die Sachen sich vor allem herumzudrehen müssen. Wie wertvoll eine solche Vorkurs für den Chorgesang ist, davon kann sich jeder erfahrene Sängler ein Bild machen. Um so willkommener ist es, daß das Beispiel der Kleinschöcherer Nachahmer finde, wenigstens da, wo nicht schon, wie bei unsern großen Leipziger Chören, eine jahrelange Schulung seitens der Dirigenten vor-handen ist. Wer selbst in dieser Hinsicht an sich arbeiten will, dem sei die „Dialektfreie Aussprache“ des alten Oberländer, ein älteres, vorzügliches Lebungsbuch, empfohlen, welches meines Wissens jetzt in neuer Auflage erschienen ist. Ly.

Städtische Theater. Die Uraufführung von Paul Graener's vieraktiger heiterer Oper Schirin und Gertraude ist für Sonntag, den 7. November, festgesetzt. — In der für Donnerstag angelegten Aufführung von Webers Freischütz singt Rosa Lind zum erstenmal die Agathe. — Die Aufführung von Ca a l i e r a r u k i c a n a und Balazzo am Sonnabend bringt auch einige Neu-befestungen, und zwar den Alfio mit Otto Salzmann und den Silvio mit Oskar Zahner, die beide diese Partien zum erstenmal sinen.

Volkstheater. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Serien 24 und 25 der alten Spielfolge am Freitag und Sonnabend fällig sind. Am Freitag gelangt Festz Hilberts Drama Die Königin am Sonnabend Käthchen von Heil-bronn zur Aufführung. Die Mitglieber der alten Serie 26 haben die Berechtigung, die entsprechenden Tagesarten an einem beliebigen Wochentage gegen Rückgabe ihrer Mitglieberskarte an der Tageskasse zu entnehmen. — Am Sonntag findet die letzte Aufführung von Käthchen von Heilbronn statt. Am Sonntag wird die alte Gelaspostle Mein Leopold ge-spielt. — In Vorbereitung befindet sich Preziosa, mit der Musik von E. M. von Weber. (Es geht also wirklich unaufhaltsam bergab. Red.)

Theater in der Osterstraße. In Abänderung des Spielplans gelangt am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Eichen Humbrecht zur Aufführung.

Der Männerchor Leipzig-West veranstaltet am Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Palmengarten sein Herbstkon-zert. Männerchöre wechseln ab mit Volkswesen, die von der Altistin Martha Adams gelungen und von Artur Schmidt-Gleich begleitet werden.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, abends 7 Uhr, in der 2. Hoch- und Fortbildungsschule, Schletterstraße 10, Vortrag von W. Pfla; Warum braucht die Pflanze das Licht? Gäste willkommen.

Eingelaufene Schriften.

Karl Brügger, Die vierzehn Nothelfer. Ein Buch Begren-den. Mit Bildern von Rudolf Schießl. Verlag Fritz Döberz, Berlin-Helsdorf.

Weltliteratur. Nr. 42: Heinrich Laube, Blond muß sie sein. Das böhmische Mädchen. Die Gebirgsnovelle. Verlag Die Weltliteratur, Berlin SW. 48. Preis 80 Pf.

Karl Schreyer, Das Handwerk in der neuen Wirtschaft. Verlag von Dunder u. Humblot, München 19. Preis 7.50 M.

Ulrich Kauser, Paris — Moskau in Deutschlands Außenpolitik. Band 1 der Europäischen Bücherei. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35.





Aufruf der Moskauer Buchdrucker an das internationale Proletariat.

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker veröffentlicht nachstehenden Aufruf der Moskauer Buchdrucker:

Die Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft war die letzte gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, welche treu den Prinzipien der Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung eine selbständige Klassenorganisation geblieben ist.

Die Buchdrucker-Gewerkschaft verteidigte die Grundzüge der Selbständigkeit, weil eine Gewerkschaftsorganisation sich den Regierungsorganen weder unterwerfen noch sich in ihnen auflösen kann, solange das Privateigentum nicht abgeschafft, solange der Staat der größte, wenn nicht der einzige Unternehmer ist, solange der Verkauf und der Kauf der Arbeitskraft noch vollständig erhalten ist. Unter diesen Bedingungen ist das Bestehen der Gewerkschaftsorganisationen, die unabhängig und frei von jedweder Druck anderer Klassen sind, unerlässlich.

Die ganze Praxis der Sowjetregierung im Bereiche der Arbeiterpolitik bildet ein klassisches Beispiel für die Richtigkeit dieses Standpunktes. Die Buchdrucker-Gewerkschaft von Moskau glaubt, daß es notwendig sei, einen Ideenkampf in den Reihen des Proletariats gegen die Angehörigen zu führen, die von der herrschenden Partei auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung begangen werden. Wegen dieser Haltung, wegen dieses prinzipiellen Kampfes haben die Kommunisten die Buchdrucker in einer Weise, die sogar ihren Haß gegen die Bourgeoisie und die Grundbesitzer übersteigt.

Die Kommunisten reichen eine Hand den Spitzen der Gegenrevolution, wie es die früheren zaristischen Generäle Guttor und Brusilow sind, und mit der anderen Hand unterdrücken, verfolgen sie mit jeglicher Art von außerordentlichen Gesetzen die Sozialisten! Mit aller Macht wird eine Gruppe von Proletariern niedergedrückt, deren einziges „Verbrechen“ darin besteht, daß sie die Rühmlichkeit hatte, anders zu denken als die herrschende Partei.

Die „Freiheit“ dieser Gruppe der Proletarier erreichte für die Herren der Lage einen unerträglichen Grad, als die Vertreter der englischen Arbeiter in Rußland erschienen waren, und als die Buchdrucker eine allgemeine Mitgliederversammlung veranstalteten, in welcher keine Lobesgesänge zu Ehren der Kommunistischen Partei angestimmt, sondern die reine Wahrheit über die Wirklichkeit in Sowjetrußland zur allgemeinen Kenntnisnahme gebracht wurde. Die Kommunisten, durch diese Versammlung aufs äußerste aufgebracht, begannen die Buchdrucker zu verfolgen. Vor keiner Blige, und keiner Verleumdung schreckten sie zurück, um ihr Ziel zu erreichen. Dieses Ziel bestand in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung, um eine strenge Züchtigung der Buchdrucker-Gewerkschaft vorzubereiten. Es war nicht schwierig für die Kommunisten, diese Züchtigung durchzuführen, weil die Drucker, ebenso wie alle Arbeiter Rußlands, der Mäßigkeit beraubt sind, etwas den Kommunisten Mißfälliges zu denken. Der Genosse Zacharoff, der die Resolution der allgemeinen Mitgliederversammlung, an der die englischen Genossen teilgenommen hatten, gedruckt haben soll, wurde verhaftet. Dem Gewerkschaftskomitee hat man verboten, das Stenogramm der Versammlung zu veröffentlichen. Die freien Gewerkschaften wurden ihrer Organe und ihrer Zeitchriften beraubt.

Die Kommunisten beschloßen, die Buchdrucker streng zu bestrafen. Die herrschende Partei würde in einer Versammlung, in der beide Seiten — die Kommunisten und auch die Sozialisten der Opposition — sich frei hätten aussprechen können, zweifellos eine Niederlage erlitten haben. Das ist die Ursache, weshalb die Kommunisten gezwungen waren, zur Methode der feierlichen Versammlungen zu greifen, an denen die verschiedensten Institutionen teilnahmen, die das Proletariat vertreten moßen. Doch eine wahre Vertretung der Arbeiterklasse besteht in Rußland schon seit langem nicht! Auf diesen Versammlungen wurde gegen die Moskauer Drucker losgegangen. Die auf solchem Wege organisierte „Allgemeine Konferenz der Petersburger Buchdrucker“ hat „einstimmig“ eine „niederdrückende“ Resolution gegen die Moskauer Drucker angenommen. Der Wert der „Einknirschigkeit“ dieser von den offiziellen Behörden veranstalteten Konferenzen, auf welchen unter Bedrohung mit den fürchterlichsten Repressalien die Vertreter der proletarischen Opposition der Möglichkeit beraubt sind, die Wahrheit zu sagen, ist ein jedem russischen Arbeiter gut bekannt. Um ihr Ziel ganz und gar zu erreichen, begannen die Regierungsblätter gegen die Buchdrucker-Gewerkschaft die ungarlindete und tödlichste Beschuldigung zu erheben, die Buchdrucker verübten, die Arbeiter zum Streik aufzurufen. Inzwischen waren es gerade die Buchdrucker, die dank ihrer festen und soliden Organisation viel weniger gestreift hatten als alle andern Gruppen der Arbeiter in Rußland. Die Arbeiter der andern Industriezweige wurden hingegen vor Verzeihung in zahlreichen Streiks veranlaßt, die für Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr schädlich gewesen sind. Sie wurden dazu gezwungen durch ihre trostlose Lage. Daselbe geschah auch bei den Massen der Moskauer Buchdrucker, aber dieser Bewegung wurde durch das Eingreifen der Gewerkschaftsorganisationen halbgemacht. Hingegen waren es die Staatsorgane (der Moskauer Wirtschaftsrat), die die Arbeiter stets zu schwächen und zu reizen verstanden. Sie beschäftigten sich mit der Angelegenheiten rein formell, sie vernachlässigten in verbrecherischer Weise die Lebensmittelversorgung und die Tariffrage der Drucker, die in ihrem Eizend die äußerste Grenze der Geduld erreicht haben. Also ist es klar, daß es sicherlich nicht die Verwaltungszentrale der Buchdrucker-Gewerkschaft war, die die Streiks provozierte.

Während annähernd eines Monats bearbeiteten die Kommunisten mit Hilfe ihres Monopols die öffentliche Meinung. Sie lobten und verleumdeten ohne Scham. Endlich verhafteten sie in der Nacht von 17. auf den 18. Juni alle Mitglieder der Verwaltungszentrale der Gewerkschaft und alle diejenigen, die verantwortungsvolle Posten in der Gewerkschaft innehatten, mit Ausnahme von denjenigen, die noch Zeit hatten, sich zu verbergen. Am Morgen des 18. Juni (1. Juli nach unserm Kalender, Red.) wurden die Räume der Gewerkschaft von bewaffneten Regierungssoldaten besetzt und alle diejenigen, die aus irgendwelchem Grunde den Kommunisten mißfällig waren, wurden verhaftet. Gleichzeitig wurden Hausdurchsuchungen in mehreren Privatwohnungen der Angehörigen der Gewerkschaft vorgenommen. Dieser neue Gewaltakt gegen die Arbeiterklasse hatte eine heftige Erbitterung unter den Moskauer Buchdruckern hervorgerufen. Sie wußten sehr gut, daß die Verwaltungsorgane der verbotenen Buchdrucker-Gewerkschaft nicht nur ein Vollzugsorgan der Mitglieder der Gewerkschaft ist, sondern daß sie die wahre Vertretung der Drucker ist, weil sie, im Gegensatz zu andern Gewerkschaften und Regierungsinstitutionen, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt worden war.

Ein Teil der Arbeiter hatte die Arbeit niedergelagt und veranlaßt die Bekleidung der Verhafteten. Die herrschende Partei griff darauf zu einem Mittel gegen die streikenden Arbeiter, wie es die Bourgeoisie aller Länder niemals wagen würde, zu gebrauchen. Die Streikenden wurden der Lebensmittelversorgung beraubt; eine Maßnahme welche unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen die grausamste und unzulässigste bedeutet, die hätte ergriffen werden können. Gleichzeitig wurde die Verhaftung der Kollegen vorgenommen, die zum Streik aufgefordert hatten.

Diese beiden Maßnahmen erreichten ihr Ziel: Die Streikenden mußten wieder zur Arbeit und unter dem Druck der Maßnahmen wurden die Arbeiter gezwungen, für eine Resolution zu stimmen, in der der früheren Zentralverwaltung das Mittrauen (wörtlich: „die Verachtung“) ausgesprochen wird. Aber der Haß der Moskauer Buchdrucker gegen die Urheber dieser schändlichen Behandlung hat sich dadurch keineswegs merklich nicht vermindert; im Gegenteil, er wächst mit jedem Tage.

Die streikenden Buchdrucker wenden sich an die internationale Arbeiterbewegung und erklären: Sie sind zusammengebrochen

unter dem Druck der rohen physischen Macht und ihnen ist nur eins geblieben: auf die moralische Macht der internationalen Arbeiterbewegung zu hoffen.

Die streikenden Drucker erklären, daß das Recht auf ihrer Seite war und nicht auf der Seite der Kommunisten. Sie erklären, daß die neue Zentralverwaltung ihrer Gewerkschaft, welche ihnen mit Gewalt aufgedrungen wurde, keinen Einfluß und kein Ansehen bei ihnen besitzt, daß im Gegenteil alle ihre Sympathien, alle ihre Liebe auf Seite derer ist, die im Gefängnisse sitzen, auf Seite der alten Führer ihrer Gewerkschaft!

Die bolschewistische Regierung wird vielleicht einen Prozeß intheneren auf die Art des Kiewer Ritualprozesses beizeln, welcher zur Zerknirschung ein so gewaltiges Aufsehen hervorgerufen hat. Aber die einzigen Richter können zur Zeit nur die Moskauer Buchdrucker selbst und die internationale sozialistische Arbeiterklasse sein. Ein Urteil der Kommunistischen Partei würde das Urteil der interessierten Seite sein, welche sich die Rolle anmaßt, Richter seiner politischen Gegner zu sein. Aber die Bolschewisten begreifen nicht einmal das! Um so schlimmer für sie.

Koch die sozialistische Arbeiterinternationale wird das begreifen. Die Moskauer Buchdrucker und die ganze Arbeiterklasse Rußlands glaubt daran!

Die Mitglieder des Verwaltungsrats der Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft, gewählt auf Grund des allgemeinen Wahlrechts.

Wir enthalten uns eines Kommentars in der Annahme, daß die in dem Aufruf angegebenen Tatsachen eine zur Genüge deutliche Sprache reden.

Reichstag.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Simons, Wirth, Giesberts, Grauns und Scholz.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen über die Entwaffnung der Bevölkerung und über die Vernichtung der Diesel-Motoren. Sie werden mit dem nächsten Punkte der Tagesordnung, der ersten Lesung des Haushaltsplanes, verbunden.

Reichstanzler Fehrenbach: Als wir im Sommer auseinander gingen, hatten wir die Aussprache über Spa hinter uns. Unheimlich lastete auf uns allen der Druck des neuen Abkommens. Harte Arbeit war einem ohnehin schon bis zur Grenze belasteten Teil unserer Bevölkerung zugemutet. Es ist völlig zwecklos, sich in irgendwelchen Wahnvorstellungen zu ergehen, welche notwendige Entschlüsse und Maßnahmen nur erschweren. Unsere Lage ist die, wir sind militärisch gebrochen, politisch hilflos und ringen wirtschaftlich nach dem tagelichen Leben. Ein Volk in dieser Lage darf keinem Abenteuer ausgesetzt werden. Jeder kleine Fehler kann die schwersten Konsequenzen zur Folge haben. Daraus ergibt sich die Mahnung zu ruhiger und wachsamster Besonnenheit. Der Friede von Versailles bringt es mit sich, daß zahllose Kommissionen in deutschen Landen tätig sind. Ihnen sind Aufgaben gestellt, deren Durchführung viel Zeitliches für uns hat. Im Ertragen dieser Dinge können wir würdig sein. Wir dürfen niemand gegenüber diese Würde außer Acht lassen. Verstöße gegen diese Forderung insbesondere gegen die international gewährleisteten Rechte von Vertretern fremder Staaten müssen wir bitter büssen. Ein Fehler, der uns in den politischen Abgrund gestürzt hätte, wäre es gewesen, wenn wir uns verleiten ließen, in den russisch-polnischen Krieg einzutreten. Es gab nur eine Parole für uns, die Parole der strengsten Neutralität. In Versailles hat es nicht gefehlt, Deutschland von den Wegen abzuführen, die es im eigenen nationalen Interesse gehen mußte. Heute werden auch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die mit festerhaftem Anteil dem Vormarsch der Sowjettruppen gefolgt sind, es der deutschen Regierung danken, daß sie, unbeirrt durch Whantasmagorien ihren geraden Weg verfolgte. (Sehr richtig!) Vielleicht haben sich auch diejenigen nicht ganz klar gemacht, die jehnsüchlig danach verlangen, daß wir dem Gewaltakt der Polen in Oberschlesien mit Gewalt begegnen sollen.

Unsere Abrüstungsmaßnahmen gehen ihren geordneten Gang. So schwierig dieses Problem auch ist. Wir haben uns genau an das halten müssen, was uns auferlegt ist. Einen deutschen Militarismus gibt es nicht mehr. (Lachen bei den Unabhängigen.) Wenn draußen in der Welt noch immer gelegentlich versucht wird, den blutigen Schatten des deutschen Militarismus zu beschwören (Zuruf bei den Unabhängigen: Er ist sehr blutig!), so ist es nur, um eigene militärische Pläne zu decken. (Sehr richtig!) Dagegen besteht wohl ein Anspruch Frankreichs auf die Hegemonie auf dem Kontinent. Sie haben die Ziffern gelesen, die neulich über Frankreichs Heeresstärke mitgeteilt sind. Es ist eine gewaltige Militärmasse, verstärkt durch die Rechte aus der Militärkonvention mit Belgien und aus dem engen Verhältnis zu Polen. Von deutscher Seite ist kein Hindernis mehr, um dem großen Gedanken der Abrüstung überall zum Siege zu verhelfen (Beifall). Wir wollen darauf, daß die großen Militärmächte von heute dem Beispiel folgen, daß wir nach ihrem Willen fundamente haben.

Mit Besriedigung möchte ich immerhin feststellen, daß gerade der Fortgang der Entwaffnungsaktion als ein Zeichen innerer Beruhigung unseres Volkes zu unseren Guntzen gebucht werden kann.

Sodann die Kohlenfrage: Wir sind bisher nicht hinter dem zurückgeblieben, was verlangt wird. Unabhängig ist im Kohlenbergbau gearbeitet worden, die deutschen Wirtschaftsinteressen haben zurückgehen müssen und jetzt ist ganz Frankreich überreichlich mit Kohlen versorgt. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Während bei uns ein Hochsein nach dem anderen ausgeblieben wird leiden die Industrie und der Verkehr schwere Not, wäßt die Zahl der Arbeitslosen bedenklich.

Am handgreiflichsten zeigt sich immer wieder in der Okkupation unsere Bedrängnis. In Strömen fließt aus dieser Wunde das deutsche Blut. Sie kennen die grauzy trostlosen Zahlen. Mit dem Rest des deutschen Wohlstandes werden auch die letzten Hoffnungen Frankreichs auf Reparation schwinden.

In Spa wurde uns zugefagt, daß auf einer neuen Konferenz die Frage der Reparation behandelt werden sollte. Noch heute warten wir auf Erfüllung dieser Zusage. (Hört, hört!) Inzwischen sind Verhandlungen eingeleitet worden, deren Gang und Ergebnis uns darüber aufklären wird, ob diese wichtige Frage, die entscheidend für das Wirtschaftsleben ganz Europas ist, im Sinne einer Verständigung einer Lösung nähergebracht werden soll. Noch heute wissen wir nicht, welche Grenzen das Deutsche Reich nun endgültig haben wird. Das Schicksal Oberschlesiens harret noch der Entscheidung. Der polnische Vergroßerungswahn der nach allen Seiten aggressiv vorgeht, macht sich mit den brutalsten Mitteln an diesem alten deutschen Reich bemächtigt. Unsere Vandsleute in Oberschlesien aber werden fest sein, so hoffen wir unerschrocken, in der Treue zum Reich. (Bravos!) Den besondern Verhältnissen Oberschlesiens werden wir Rechnung tragen. Dem Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf vorgehen, der der obersteinsten Bevölkerung das Recht einräumt, in unbeeinträchtigt Prüfung über ihre bundesstaatliche Selbständigkeit zu beschließen.

Wir stehen mitten in einer Ernährungskrise, und es wird dieser Mähnen Schilfen, um unserer Bevölkerung über die Schwierigkeiten des Winters hinwegzuhelfen. Die Anstöße, als teurer als gegenwärtige Rohstoffe die Schuld daran, anrufen wärdt ist. In der Reichstagsitzung hat dieses Rohstoffgesetz die Verabschiedung seiner Paragrafen übernommen. Der Abbau der Amaxwirtschaf ist, soweit er beschlossen wurde, doch nur der Ausdruck für die Tatsache, daß die Amaxwirtschaft kaum zusammengebrochen war. (Sehr richtig!) Die sehr im wesentlichen unangenehmsten Maßnahmen den Herren Schmidt und Wiffel in Kassel ergriffen mich meiner Kraftschwäche. Lassen Sie mich in dieser Stunde an offenkundige den Appell richten, das ihre zu tun, daß unser Volk auch

diesen Winter glücklich übersteht. Es gibt keine Regierung, kein Parlament, das heute dem deutschen Volke ein Dasein des Auskommens, der Behaglichkeit, der Fülle schaffen kann. (Sehr richtig!) Ein Teil unserer Bevölkerung hat leider den Verheeren der russischen Terroristen das Ohr geöffnet. Die Kommunistische Partei tritt handelnd auf, bekämpft sich zu Moskauer Gewaltgrundsätzen, geht nur durch den Bürgerkrieg. (Sehr richtig!) Wer zu Moskau schwört, muß sich klar sein, daß er damit die Verpflichtung auf sich nimmt, den Umsturz des Reiches durch blutige Gewalt und Bürgerkrieg herbeizuführen. (Sehr richtig!) Er stellt sich damit außerhalb der Rechtsordnung, die wir mit den gesetzlichen Mitteln zu schützen verpflichtet sind. (Bravo! Lebhaftes Zurufe links, Rufe rechts: Ruhe.)

Sparamkeit ist ein Gebot für eine pflichtbewußte Regierung. Unser Programm geht dahin, in Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte zur Wiederherstellung der deutschen Arbeitsfähigkeit mobil zu machen und den höchsten Ruffest zu erzielen, unsere Verkehrspolitik zu sanieren, unsere Finanzen zu ordnen und eine Arbeiterpolitik nach modernen und sozialen Grundzügen zu treffen. Die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist Gegenstand eingehender Erörterung im Reichstagsrat und im Reichswirtschaftsrat geworden. Eine Vorlage wird Ihnen nächsten zu gehen. Die noch zustehenden Ergänzungswahlen zum Reichstags sollen gemeinsam mit den preußischen Landtagswahlen stattfinden. (Zurufe rechts: Wann?) Sollten die preußischen Wahlen sich verzögern, so würden in den Abstimmungsgebieten die Reichstagswahlen früher stattfinden müssen. Wir müssen alle Kräfte für positiver Arbeit zusammenfassen. Wir brauchen die Treue und unmißliche Mitarbeit aller Parteien. Dann werden wir erreichen, was wir alle wollen, das Wohl von Volk und Reich. (Lebhafte Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Es ist unerhört, daß noch so lange nach Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Lasten noch nicht bestimmt sind. Kein Wunder, wenn nicht nur die deutsche Finanzanlage sich von Monat zu Monat schwerer gestaltet, sondern auch die internationale Finanzanlage und das ganze Getriebe der Weltwirtschaft, die nicht in Gang kommen kann, solange die Unsicherheit hier besteht. Auf der Konferenz in Brüssel wurde wenigstens erreicht, daß über die großen Finanzfragen und ihre Zusammenhänge mit der Wirtschaft im allgemeinen eine internationale Aussprache erfolgt ist. Es wäre gut gewesen, wenn die Welt gehört hätte, was Deutschland bereits alles geleistet hat durch Billigsaahme der Auslandszahlungen, durch die Beannahme von Schiffsräumen, die Acquirierung von Wätscheln, die Lieferung von Steinkohlen usw. Das deutsche Sparprogramm war schon vor Brüssel fertig, an Steuerbewilligungen hat kaum ein anderer Staat soviel getan wie wir. Eine Geländung ist erst möglich, wenn eine klare Freilegung der deutschen Leistungen und der deutschen Leistungsfähigkeit gegeben ist. (Sehr richtig!)

Leider fehlen in dem Etat noch die Auswirkungen des Besoldungsgesetzes, und ich möchte an die Mitglieder aller Parteien die dringende Bitte richten, die Beratungen im Besoldungsausschuß zu fördern, damit wir unsere Beamtenschaft aus dem Zustand einer sehr bedauerlichen nervösen Unruhe herausbringen. Ich vermag heute noch nicht abzusehen, welche Aufwendungen dem Reich für die Ernährung unserer Bevölkerung noch zu Lasten fallen werden. Grundätzlich muß mit der Vereinfachung von Reichsmitteln hier möglichst bald gebrochen werden. Es ist nicht möglich, von der Geldseite her, und zwar durch Neubrück von Noten die ökonomische Lage Deutschlands zu bessern. (Sehr richtig!) Wir kommen um zwei Grundprobleme nicht herum: wir müssen für unser Volk das nötige Brot schaffen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, daß das geistige Leben Deutschlands, seine Wissenschaft und seine Forschungen nicht ganz zum Stillstand kommen. Es ist eine höchste Tragödie der Wirtschaft der Völker, daß in dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterwelt auf den politischen Gang der Dinge großen Einfluß hat, der Wehr-Wert in einem gewaltigen Umfange an die Militierten abfließt. Mit der Roten Presse, der Erhöhung der Löhne und Gehältern kann der Wölnk nach außen nicht ausgeglichen werden. (Sehr wahr!) Die Schuld Deutschlands liegt heute aus folgenden Beträgen zusammen: Grundrente Schuld 91 Milliarden, schwedische Schuld 157,3 Milliarden, darunter diskontierte Schatzanweisungen 0,88 Milliarden, Zahlungsversprechungen mit Schatzanweisungen 11,3 Milliarden, Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen 7,8 Milliarden. Dazu kommen die Aufwendungen des Reiches gemäß § 59 des Steuergesetzes mit 14,3 Milliarden, das sind zusammen 282,9 Milliarden. Hinzuzurechnen ist noch der zu verzinsende Nettbetrag der Eisenbahn mit 25 Milliarden, also alle zusammen abgerundet 288 Milliarden beträgt heute die Schuld des Reiches. Zu den 67 Milliarden Restbeträgen, die teilweise heute schon in die schwedische Schuld übergegangen sind, werden mindestens bis Ende dieses Jahres noch 30 Milliarden hinzukommen. Noch nicht anenamt sind die für die Erhöhung der Beamtengehälter, Ruhegehälter usw. benötigten Milliarden. Bis Ende des Rechnungsjahres wird sich die Schuld um etwa 40 Milliarden erhöhen. Entsprechend der Entwertung des Geldes war der Bedarf des Reiches inzwischen gestiegen. Abzüglich der Reberweilungen an die Länder stellt sich der Bedarf des Reiches auf 30,5 Milliarden Mark. Zu Lasten des Krieges sind im ganzen 19,7 Milliarden anzusetzen. Das uns aufzugehende Söldnergehalt wird der so notwendigen Sparamkeit direkt entgegen. Ein Volksoher ist sparsamer als ein Söldnerheer. In der Vorkriegszeit betragen die Gesamtkosten für einen Soldaten 1200 Mk.; gegenwärtig 24 600 Mk. (Lebhaftes Hört, hört!) Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie der Reichsbedarf durch die Kriegswirtschaften emporgeschraubt ist. Die außerordentlichen Ausgaben des engeren Haushaltes zeigen einen Bedarf von 11,2 Milliarden Mark. Die Ausgaben für außerordentliche Heereskosten 1,7 Milliarden, für Wohnungsbauten, Bergarbeiterernährung usw. (3 Milliarden) werden im nächsten Etat sich wesentlich verringern. Die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsbauten usw. werden erheblich steigen. An fortlaufenden Steuern und Abgaben sollen 32,5 Milliarden auskommen, an einmaligen 4,5 Milliarden, insgesamt 39,9 Milliarden, so daß sich ein Ausgleich der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben — auf dem Papier — ergibt. Das Aufkommen der Einkommensteuer ist auf 12,9 Milliarden veranschlagt. Von der Entwertung der Einnahmen im nächsten Jahre hängt die Frage der Beschließung neuer Steuern wesentlich ab. Außerordentlich erschwert wird die Lage des Reiches durch die Forderungen des Friedensvertrages. 41 Milliarden sind aus der Durchführung des Friedensvertrages und an Kosten der Okkupation erforderlich. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Vereinfachung des dritten Etats des Haushaltes der Betriebsverwaltungen hat sich immer wieder hinausgezögert. Die Post rechnet mit einem Nettbetrag von 2 Milliarden, die Eisenbahn mit einem solchen von 15 Milliarden. Die Betriebsverwaltungen müssen ferner vielfach Ausgaben auf sozial-politischen Gebiete erfüllen. Sie leiden außerordentlich an der ideematischen Durchführung des Acht-Stunden-Tages. Unbedingt notwendig ist die Bekämpfung des Schmutzgerewelsens und der Korruption. Setzen Sie verfehert, daß ich ohne Ansehen der Partei und der Person diesen Kampf führen werde. Die großen Anzeichen einer Weltwirtschaftskrise sind nicht mehr zu verkennen. Auf irgendeine Weise muß das Reich auf die Haupterwerbszweige und Naturgüter, soweit sie zur Erfüllung des Friedensvertrages in Frage kommen, Einfluß gewinnen. An ihrer Stelle steht da die Kohle. Erster Erwägung bedarf die Frage eines allgemeinen Denkmals: ein solches wird infolge des Diktats von Versailles auf die Dauer nicht umgangen werden können. Als Volk werden wir viele Jahre Frohnarbeit leisten müssen. Auf dem Gebiete der Wirtschaft müssen wir zu Taten greifen. Vorwärts, dem Lichte und der Freiheit entgegen! (Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, vertagt. — Schluß nach 4 Uhr.











# U.S.P.D. Groß-Leipzig

## Wähler-Versammlungen

Sonnabend, den 30. Oktober 1920, abends 1/8 Uhr

Stahmeln, Gasthof zur Post. Referent: Genosse H. Wuttke.  
 Dewitz und Umgegend, Gasthof zu Dewitz. Referent: Genosse K. Dornburg.  
 Mültitz, Frankenhain, Lindennaundorf, Dölzig und Mültmarsdorf, Gasthof zu Frankenhain. Referent: Genosse Paul Plottke.

### Die bevorstehende Landtagswahl.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

## Wiederitzsch.

Freitag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr

### Große öffentl. Volks-Versammlung im Neuen Gasthose (Börnkeffel).

Die bevorstehende Wahl zum sächsischen Landtage.

Referent: Genosse Ryssel, Parteisekretär Leipzig. — Freie Aussprache.  
 Das Wahlkomitee der Unabh. Sozialdemokr. Partei Deutschlands, Richtung Lebens- u. Selbstverwirklichung.

Einlaß 4, Anfang 4 1/2, Ende 10 1/2 Uhr

## Astoria

Windmühlenstr. 31. Fernruf 18195/96

Morgen Erstaufführung

**Nelia Leitner** die berühmte Hellseherin und Hauptdarstellerin tritt persönlich auf.



Heute letzter Tag: **Die Rache des Nihilisten.**

## Das Rätsel im Menschen

Fernwirkung im Dienste der Kriminalistik.

Keinem Gebiete des modernen Geisteslebens steht die große Masse des Volkes so fremd gegenüber, wie dem der Geheimwissenschaften, die dieser Film behandelt.

## Universum

Rosspatz 6 (Café Bauer). Tel. 18195/96

Morgen Erstaufführung

**Lotte Neumann**

im Monumentalfilm in 6 Akten  
**Eines großen Mannes Liebe**  
 Schauspiel nach dem bekannten Roman von Franz Rosen  
 Heute letzter Tag: **WHITECHAPEL**

## Colosseum

Rosspatz 12-13. Fernruf 18195/96.

Morgen Erstaufführung

**Der Meisterschuß**

Großes Detektivbild in 4 Akten mit **Heinrich Peer** als Detektiv  
 Heute letzter Tag: **Das Frauenhaus von Bresola**

# Licht-U.T. Spiele

Hainstr. 19

Fernspr. 3187

Ab Freitag, 29. Oktober: Uraufführung!  
 Nur für Erwachsene!

Das grösste und gewaltigste Monumentalgemälde aller Zeiten, das spannendste und alles überragende Filmwerk

## Entblätterte Blüten

Nach dem gleichnamigen Berliner Sitten-Roman

Ein Werk von selten erreichter wichtiger Wirkung

Ein Gesellschafts- und Sittengemälde,

das jeden fesselt, erschüttert, in atemberaubender Spannung erhält, und wegen seiner großartigen und einzig dastehenden Handlung zur Bewunderung hinreißt. Ein Ensemble nur allererster Kräfte.



**Mia Pankau**

Bekannt durch die Filme:

„Lilli und Lillis Ehe“  
 L. Ralph, Hugo Flink und andere bieten Gewähr für vollwertige Leistungen. Dies. Filmwerk wird längere Zeit das Tagesgespräch von Leipzig sein.

6 gewaltige Akte 6  
 Heute letzter Tag:

**Bruno Kastner** in: **Der Feuerreiter** und: **Bergsünden**  
 Hochlands-Drama

**Umgepreß!** werden Herren- und Damen-Hüte bei **Richard Schulze** Pl. Merleburg-Str., Ede Aurelienstraße.  
**Kammerjäger Wagner** wohnt Seidelberg 11 S.1.  
**Sonnabend, 30. Oktober** abends 1/8 Uhr  
**Töpfer! Versammlung** im Volkshaus.  
 Tagesordnung: 1. Die Lehren des Betriebsrates, 2. Abrechnung vom 3. Quartal, 3. Errichtung des Beirates durch die Betriebsratliche Kommission, 4. Betriebsrat, 5. Die Flucht des Sträflings, 6. Das führerlose Auto.  
 Alle Erbkunden im Blick. Der Vorstand.



Ab morgen Freitag, den 29. Oktober:

## Harry Piel

in **Der Verächter des Todes**



Sensationsfilm in 6 atemberaubenden Akten.  
 1. Der Kinderraub. 2. Die Entführung durch den Menschenaffen. 3. Der Sprung vom Auto in den Expresszug. 4. Ueberfall durch die Abzweiger. 5. Die Flucht des Sträflings. 6. Das führerlose Auto.

Außerdem:

## Der verlorene Postsack

Original-amerikanischer Wildwestfilm in 2 Akten.

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

## Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7

Am Königsplatz.

Ab morgen Freitag:

Das grosse Sensations-Doppel-Programm!  
 Erstaufführung!

Der langerwartete bayerische Hochlandsfilm:

## Die Gemeinde von St. Helene u. ihr Kaplan

5 Tiefgreifendes Drama in gewaltigen Akten 5  
 Ferner:



5 **Das Geheimnis von Adrianopel** 5  
 Akte

Grösstes Sensations- und Spionage-Drama der Gegenwart.  
 Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.  
 Kassenöffnung 3 1/2 Uhr. Beginn 4 Uhr.